Nr. 226.

31. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 20. August 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die erpresserischen Forderungen Japans.

Berlin, den 19. August 12 Uhr 10 Min. abends. (W. T. B.) Der hiesige japanische Geschäftsträger hat im Auftrage seiner Regierung dem Auswärtigen Amt eine Note übermittelt, worin unter Berufung auf das englisch-japanische Bündnis die sofortige Zurückziehung der deutschen Kriegsschiffe aus den japanischen und chinesischen Gewässern oder die Abrüstung dieser Schiffe, ferner bis zum 15. September die bedingungslose Uebergabe des gesammten Pachtgebietes von Kiautschou an die japanischen Behörden und die unbedingte Annahme dieser Forderungen bis zum 23. dieses Monats verlangt wird.

Das englisch-japanische Bündnis

Die feindliche Haltung, die Japan gegen Deutschland jetzt einnimmt, ist durchaus nicht durch den Bündnisvertrag mit England bedingt. Denn auch der Vertrag in seiner neuen Fassung, der das Datum vom 13. Juli 1911 trägt, verpflichtet Japan in keiner Weise zum Eingreifen. Dies beweist der Text des Vertrages, den wir im nachstehenden veröffentlichen. Der Vertrag zerfällt in eine Einleitung und sechs Artikel. Die Einleitung lautet:

„Die Regierung Japans und die Regierung Großbritanniens sind im Hinblick auf die wichtigen Veränderungen, die sich seit Abschluß des englisch-japanischen Uebereinkommens vom 12. August 1905 in der Situation ergeben haben und im Glauben, daß eine Revision desselben, wenn sie diesen Veränderungen entspricht, beitragen könnte zur allgemeinen Stabilität und Ruhe, einig geworden, das oben erwähnte Uebereinkommen durch die nachfolgenden Vereinbarungen zu ersetzen, wobei sie das gleiche Ziel wie jenes Uebereinkommen haben, nämlich:

1. Die Befestigung und Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens in den Gebieten Ostasiens und Indiens.

2. Die Wahrung der gemeinsamen Interessen aller Mächte in China durch Sicherung der Unabhängigkeit und der Integrität des chinesischen Reiches und des Grundsatzes der gleichen Zugänglichkeit zu Handel und Industrie für alle Nationen in China.

3. Die Aufrechterhaltung der territorialen Rechte der hohen vertragschließenden Parteien in den Gebieten von Ostasien und Indien und die Verteidigung ihrer besonderen Interessen in den besagten Regionen.

Die sechs Artikel lauten wie folgt:

Artikel 1. Man kommt überein, daß, wann immer in der Meinung Japans oder Großbritanniens eines der früher erwähnten Rechte und Interessen im Spiele stehe, die beiden Regierungen voll und frei einander Mitteilung machen und gemeinsam die Maßregeln beraten werden, die zur Wahrung ihrer bedrohten Rechte oder Interessen zu unternehmen sind.

Artikel 2. Wenn auf Grund eines nicht provozierten Angriffs oder einer nicht aggressiven Aktion, wo immer sie auftaucht, seitens irgendeiner Macht einer der hohen Vertragschließenden in einen Krieg verwickelt wird, welcher der Verteidigung seiner territorialen Rechte oder seiner oben erwähnten besonderen Interessen dient, so muß der andere hohe Vertragschließende sofort seinem Verbündeten zu Hilfe kommen, den Krieg gemeinsam mit ihm führen und im gegenseitigen Einvernehmen mit ihm Frieden schließen.

Artikel 3. Die hohen vertragschließenden Parteien kommen überein, daß keine von ihnen, ohne die andere zu befragen, Sonderabmachungen mit einer anderen Macht zum Schaden des Verbündeten auf dem oben umschriebenen Gebiete abschließen wird.

Artikel 4. Würde einer der hohen Vertragschließenden einen allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag mit einer dritten Macht abschließen, so kommt man überein, daß nichts in diesem Uebereinkommen auf eine der vertragschließenden Parteien eine Verpflichtung überwälzen soll, Krieg zu führen mit der Macht, mit der solch ein Schiedsgerichtsvertrag in Kraft ist.

Artikel 5. Die Bedingungen, unter denen von einer Macht der anderen unter den erwähnten Umständen bewaffnete Hilfe zu bieten sei und die Mittel, durch welche solche Hilfe in Kraft zu treten habe, werden von den Marine- und Militärautoritäten der beiden vertragschließenden Parteien bestimmt werden. Diese werden von Zeit zu Zeit über alle Fragen gegenseitigen Interesses sich miteinander aussprechen.

Artikel 6. Das gegenwärtige Uebereinkommen tritt sofort in Kraft und bleibt zehn Jahre gültig.

Falls keiner der beiden Vertragschließenden zwölf Monate vor Erlöschen des besagten zehnjährigen Termins die Absicht, dieses Bündnis zu kündigen, notifiziert hat, wird es bindend bleiben bis zum Erlöschen eines Jahres vom Tage an, an welchem es einer der Vertragschließenden gekündigt hat. Falls aber gerade einer der beiden Verbündeten im Augenblick des Erlöschens der Allianz in einem Kriege begriffen ist, so dauert die Allianz von selbst bis zum Abschluß des Friedens.

Nicht um der Bündnispflicht zu genügen, sondern weil die Gelegenheit zum Raube günstig scheint, greift Japan in den Krieg ein.

Kiautschou.

Kiautschou wurde von dem deutschen Konteradmiral von Diedrichs am 14. November 1897 besetzt. Den Anlaß dazu bot die Ermordung zweier deutscher Missionare in China. Nach der Besetzung und Hissung der deutschen Flagge schloß China den berühmten „Pachtvertrag" mit Deutschland, durch den es Kiautschou auf 99 Jahre an Deutschland verpachtete. Die Kolonie ist durch große finanzielle Opfer Deutschlands äußerlich wenigstens stattlich entwickelt worden. Da Deutschland jährlich rund 10 Millionen für die Kolonie zuschoß, konnten „Kulturaufgaben" in Angriff genommen werden. Da ist es gelungen, nicht nur eine Reihe repräsentabler öffentlicher Gebäude zu bauen, sondern auch der ganzen Kolonie durch Anlegung schöner Wälder auf den die Stadt begrenzenden Anhöhen ein malerisches Relief zu verleihen.

Auch der Handel Kiautschous nahm allmählich eine erhebliche Entwickelung. So bezifferte sich im Jahre 1912 die Gesamteinfuhr auf 106 Millionen Mark. Davon waren chinesischen Ursprungs Waren im Werte von 44 Millionen Mark, nicht chinesischen Ursprungs Waren in Höhe von 61 Millionen Mark Wert. Aber sowohl an der Einfuhr, wie an der Ausfuhr war der deutsche Handel nur zu einem außerordentlich geringen Prozentsatze beteiligt. Denn im Jahre 1912 hatte an der Einfuhrziffer von 106 Millionen Deutschland nur einen Anteil von 16 Millionen Mark, darunter aber befanden sich nur Handelsgüter im Werte von noch nicht 9 Millionen Mark, der Rest entfiel auf Eisenbahnmaterial und Gouvernementsmaterial. Einem baren Zuschuß von 10 Millionen stand also ein Wert von importierten Handelsgütern von noch nicht 9 Millionen Mark gegenüber!

Auch der Verkehr der Schantungbahn, an der deutsche Kapitalistenkreise in erheblichem Maße beteiligt waren, hatte sich in den letzten Jahren gehoben. Ebenso war die Förderung der von der Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft übernommenen Schantung-Bergbau-Gesellschaft nicht unwesentlich gestiegen.

Das Ringen im Westen.

Tage der Spannung.

Alle Welt weiß, daß im Westen ernste und folgenschwere Entscheidungen im Gange sind. Hüben und drüben ein Millionenheer, das in mehrere Armeen geteilt nach einheitlichem Plane auf einem Raum von hundert bis zweihundert Kilometern zur Schlacht oder richtiger zu mehreren Einzelschlachten angesetzt ist. Ueber die Einzelheiten des Ortes, der Zeit und der Art dieses gewaltigen Ringens hängt ein dichter Schleier. Die Heeresleitung läßt aus politischen und strategischen Gründen keine Nachricht in die Oeffentlichkeit dringen. Und das, was sie mitzuteilen für gut hält, läßt wieder eine ganze Menge Fragen entstehen, auf die es keine Antwort gibt oder die öffentlich nicht erörtert werden dürfen.

Ein solcher Zustand erzeugt in jedem Menschen eine gewaltige Spannung, aber nur die wenigsten können sich vorstellen, was es mit einer modernen Schlacht auf sich hat. Und die Heeresleitung muß sich schon gefallen lassen, daß Erwartungen und Befürchtungen von Mund zu Mund gehen, die durch den Mangel an Nachrichten die abenteuerlichste Gestalt annehmen. Alle Beschwichtigungsversuche, die ganz- und halboffiziöse Blätter mit dicken Lettern in die Welt senden, ändern an dieser Tatsache nichts.

Daß das Ringen, das jetzt im Gange ist, nicht in kurzer Frist eine klare Entscheidung bringen kann, dafür als Beweis die Auslassungen eines militärischen Fachmannes, des vor einigen Jahren verstorbenen früheren Chefs des Generalstabs Grafen Schlieffen. In einem Aufsatz „Der Krieg der Gegenwart", der durch die teilweise Verlesung durch den Kaiser an die kommandierenden Generäle bei der Neujahrsgratulation 1909 großes Aufsehen erregte, sagt Graf Schlieffen über den Verlauf einer modernen Schlacht:

„Soviel ist gewiß, die Gesamtschlachten wie die Teilschlachten, die getrennten wie die zusammenhängenden Kämpfe, werden sich auf Feldern und Räumen abspielen, welche die Schauplätze früherer kriegerischer Taten um ein gewaltiges übersteigen. So groß aber auch die Schlachtfelder sein mögen, so wenig werden sie dem Auge bieten. Nichts ist auf der weiten Oede zu sehen. Wenn der Donner der Geschütze nicht das Ohr betäubte, so würde nur ein schwaches Feuerblitzen die Anwesenheit der Artillerie verraten. Man wüßte nicht, woher das rollende Infanteriefeuer käme, wenn nicht ab und zu bald hier, bald dort eine dünne Linie für einen Augenblick einen Sprung nach vorwärts machte, um ebenso rasch wieder zu verschwinden. Kein Reiter ist zu erblicken. Die Kavallerie muß ihre Aufgaben außerhalb des Schauplatzes der Tätigkeit der beiden anderen Waffen suchen. Kein Napoleon, umgeben von einem glänzenden Gefolge, hält auf einer Anhöhe. Auch mit dem besten Fernglas würde er nicht viel zu sehen bekommen. Sein Schimmel würde das leicht zu treffende Ziel unzähliger Batterien sein. Der Feldherr befindet sich weiter zurück in einem Hause mit geräumigen Schreibstuben, wo Draht- und Funkentelegraph, Fernsprech- und Signalapparate zur Hand sind, Scharen von Kraftwagen und Motorrädern, für die weitesten Fahrten gerüstet, der Befehle harren. Dort, auf einem bequemen Stuhl vor einem breiten Tisch hat der moderne Alexander auf einer Karte das gesamte Schlachtfeld vor sich, von dort telephoniert er zündende Worte, und dort empfängt er die Meldungen der Armee- und Korpsführer, der Fesselballone und der lenkbaren Luftschiffe, welche die ganze Linie entlang die Bewegungen des Feindes beobachten, dessen Stellungen überwachen. Auch die Schlachten der Zukunft werden den auf großen Räumen zu verwendenden Massen entsprechend mehrere, ja viele, wenn auch nicht 14 Tage, wie bei Mukden, in Anspruch nehmen."

Auch diese Ausführungen beweisen, daß noch eine geraume Zeit vergehen wird, ehe wir Klarheit über die Ereignisse haben werden. Denn alles bisherige war ja nur die Einleitung der kommenden folgenschweren Dinge.

Kavalleriekampf in Belgien.

Berlin, 19. August. (W. T. B.) Die französische fünfte Kavalleriedivision wurde heute unter schweren Verlusten bei Pervez, nördlich Namur, von unserer Kavallerie zurückgeworfen.

Siegreiches Gefecht im Elsaß.

Berlin, 19. August. (W. T. B.) Bayerische und badische Truppen schlugen die bis Weiler, 15 Kilometer nordwestlich Schlettstadt vorgedrungene französische 55. Infanteriebrigade, brachten ihr große Verluste bei und warfen sie über die Vogesen zurück.

Die Geiseln von Lüttich.

Nach dem „Mainzer Journal" enthält die belgische Zeitung „L'étoile belge" folgende Bekanntmachung, die der Bürgermeister Henault an den Plakatsäulen Lüttichs anschlagen ließ:

„Die Gemeindeverwaltung erinnert alle Bürger und alle diejenigen, die sich auf Lütticher Gebiet befinden, daß es nach den Kriegsgesetzen strengstens verboten ist, daß eine Zivilperson sich an irgendeinem feindseligen Akt gegen deutsche Soldaten beteiligt, die das Land besetzen. Jeder Angriff auf deutsche Truppen von anderen als Bewaffneten in Uniform setzt nicht nur den Uebeltäter selbst, sondern auch die übrigen Einwohner in schwere Gefahr, insbesondere die Bewohner von Lüttich und außerdem die durch den Kommandanten der deutschen Truppen auf der Zitadelle festgehaltenen Geiseln.

Die Namen der Geiseln sind:

1. Rutten, Bischof von Lüttich
2. Kleyer, Bürgermeister
3. Grégoire, Deputierter
4. Flöchet, Senator
5. Van Zuylen, Senator

6. Peltzer, Ld., Senator
7. Colleaux, Senator
8. De Ponthière, Abgeordneter
9. Van Hoegaerden, Abgeordneter
10. Falloise, Schöffe.

Dem Bischof Rutten und dem Bürgermeister Kleyer wurde genehmigt, vorerst die Zitadelle zu verlassen; sie bleiben aber als Geiseln jederzeit dem deutschen Kommandanten zur Verfügung.

Wir beschwören alle diejenigen, welche Wachtdienst versehen, im Interesse aller Bewohner und der Geiseln der deutschen Armee, darauf zu achten, daß keinerlei Angriffe gegen deutsche Soldaten vorkommen. Wir machen bekannt, daß das Generalkommando der deutschen Truppen befohlen hat, daß Privatpersonen, die Waffen und Munition im Besitz haben, diese sofort der Behörde im Provinzialhause abzuliefern haben, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, sofort erschossen zu werden."

Ueber die Schlacht bei Mülhausen

erzählt ein Einwohner von Mülhausen, der den Weg von Mülhausen nach Basel zu Fuß zurücklegte, in unserem Baseler Parteiorgan, daß die Schlacht am Sonntag und Montag in der Umgebung von Mülhausen schreckliche Verwüstungen angerichtet hat und der Tod reiche Ernte unter den beiden Kriegführenden gemacht hat. Wie groß die Zahl der Toten gewesen, wurde noch nicht ermittelt, nur daß sie sehr groß gewesen ist. In der Stadt Mülhausen herrscht immer noch große Aufregung. Die Franzosen seien geflüchtet unter Zurücklassung ihrer Toten und Verwundeten. Alle Spitäler, Schulhäuser, öffentliche Säle sind dicht besetzt von verwundeten Deutschen und Franzosen und mit Extrazügen sind zahlreiche Verwundete nach Müllheim und Badenweiler befördert worden. Die sämtlichen Hotels von Badenweiler sind in Feldlazarette verwandelt worden und dienen bereits ihrer Bestimmung. Die Privatärzte der ganzen Umgegend von Badenweiler und Müllheim bis weit über die elsässische Grenze sind für die Verpflegung der Verwundeten aufgeboten worden, desgleichen auch die freiwilligen Sanitätskolonnen diesseits und jenseits des Rheins.

Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatze.

Die Oesterreicher in den russischen Grenzorten.

Wien, 19. August. (W. T. B.) Die „Allgemeine Zeitung" in Czernowitz berichtet aus den von Oesterreich besetzten Grenzgebieten: Die Dörfer waren beim Einzuge unserer Truppen fast menschenleer, da die fliehenden russischen Truppen die Bevölkerung vor Grausamkeiten der österreichischen Soldaten gewarnt hatten. Als die Soldaten die zurückgebliebenen Greise und Väter freundlich behandelten, kehrten die Dorfbewohner langsam zurück und fraternisierten bald mit unseren Soldaten. — In dem großen Dorfe Rengacz ist keine Schule, Post oder Telegraph vorhanden.

Vom österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz.

Einzelheiten über die Einnahme von Schabatz.

Budapest, 18. August. (W. T. B.) Der „Pest. Lloyd" bringt den Bericht eines Teilnehmers an der Erstürmung von Schabatz, der besagt: Am Freitag um 2 Uhr nachts wurde Alarm geblasen. Wir wurden auf Kähnen übergesetzt und die Feldbefestigungen, die von regulärem Militär und Komitatschis besetzt waren, wurden mit dem Bajonett genommen, ohne daß die Serben großen Widerstand geleistet hätten. In Schabatz selbst aber entspann sich ein verzweifelter Straßenkampf. Nach einstündigem Kampf wurde der Ort besetzt, aber auch dann noch wurde aus Kellern, von Böden und aus Dachfenstern der Kirche auf uns geschossen. In einer nahegelegenen Sägemühle verschanzten sich etwa 60 Komitatschis, die Handgranaten warfen; die Mühle wurde schließlich in Brand gesteckt. Am nächsten Tage erneuerten die Serben ihren Angriff, wurden jedoch mit großen Verlusten zurückgeworfen.

Wien, 19. August. (W. T. B.) Die ungarischen Blätter erfahren Einzelheiten über die Einnahme von Schabatz, aus denen hervorgeht, daß serbische Frauen und Kinder aus alten Karabinern schossen und Bomben warfen, ohne jedoch viel Unheil anzurichten. Serbische Soldaten schossen auf Abteilungen vom Roten Kreuz und auf Aerzte. Scharenweise schwammen serbische Soldaten in vollständiger Ausrüstung über die Save, die Donau und die Drina zu den Oesterreichern herüber, so daß in kurzer Zeit fünfhundert serbische Deserteure eingefangen werden konnten. Die Soldaten heben hervor, wie glänzend die österreichischen Geschütze sich bewährten und mit welch eiserner Disziplin die Oesterreicher auch mit der Munition umgingen.

Was ist mit Italien?

Die „Frankf. Ztg." meldet aus Kopenhagen: Nach Pariser Meldungen wird dort die Situation in Italien mit steigendem Interesse verfolgt. An die Pariser Ausgabe des „New York Herald" wird aus Rom telegraphiert, 200 000 Mann italienischer Truppen seien zwischen Mantua, Verona und Peschiera versammelt; die Garnison in Bologna sei aufgebrochen, der Hafen von Venedig gesperrt. Brindisi sei in Verteidigungszustand versetzt worden und die Flotte habe sich in Tarent konzentriert.

Aufstand im Kaukasus.

Konstantinopel, 19. August. (W. T. B.) Wie der „Ikdam" erfährt, gewinnt der Aufstand im Kaukasus gegen Rußland an Ausdehnung. Die Aufständischen sprengten eine Brücke über den Araxesfluß an der einzigen Eisenbahnlinie, die Rußland mit Persien verbindet. Die russischen Truppen fliehen mit Waffen und Gepäck an die türkische Grenze. Vorgestern überschritt eine große Zahl Soldaten die Grenze, um sich auf türkisches Gebiet zu flüchten. Die Preise für Lebensmittel im Kaukasus sind auf das Vierfache gestiegen. Es wird immer schwieriger, den Aufstand zu unterdrücken.

Die Beschlagnahme der türkischen Schiffe.

Konstantinopel, 18. August. (W. T. B.) Nach einer Blättermeldung haben drei Mitglieder der englisch-ottomanischen Vereinigung dem britischen Geschäftsträger Marling einen Besuch abgestattet und darauf hingewiesen, daß die Beschlagnahme der Großkampfschiffe „Sultan Osman" und „Reschadieh" in der muselmanischen öffentlichen Meinung einen sehr schlechten Eindruck gemacht habe. Der Geschäftsträger erwiderte, es sei ihm unmöglich, in dieser Angelegenheit etwas zu unternehmen. England habe sich diese beiden Schiffe modernsten Typs nicht entgehen lassen können.

Italienische Währungsmaßnahmen.

Rom, 18. August. (W. T. B.) Ein königlicher Erlaß ermächtigt den Schatzminister, neue Staatsnoten zu 10 und 5 Lire bis zum Betrage von 350 Millionen auszugeben, die sämtlich durch im Schatze ruhende silberne Scheidemünze gedeckt sind. Ferner wurde der Schatzminister ermächtigt, Scheine zu ein und zwei Lire auszugeben, die ebenfalls in Höhe ihres Wertes durch silberne Scheidemünze gedeckt sind.

Aeußerungen des Reichskanzlers.

Kristiania, 18. August. (W. T. B.) Hiesige Blätter berichten über eine Unterredung, die der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg am 15. August Herrn Björn Björnson gewährt hat. Dieser berichtet: Der Reichskanzler, der sehr gut aussieht, obwohl die riesige Arbeitslast ihn seit Wochen an den Schreibtisch fesselt, sprach mit Wärme von dem mustergültigen Verhalten der neutralen Staaten und mit vornehmer Zurückhaltung von den Machenschaften der Gegner Deutschlands. Nur einmal zeigte er so etwas wie Erregung, als er über England sprach. — Der Reichskanzler sagte u. a. folgendes: Daß die nordischen Länder und Holland sich so entschieden neutral verhalten, wird in Deutschland sehr dankbar empfunden, und wir sind entschlossen, diese Neutralität mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln zu stützen. Dies gilt insbesondere von unseren unmittelbaren Nachbarn Holland und Dänemark. Ich habe fünf Jahre lang alles getan, um einen Weltkrieg zu verhindern, und sogar noch nach der jetzigen allgemeinen Mobilmachung haben wir versucht, was nur möglich war, aber vergeblich. Rußland hat vor der schweren Verantwortung nicht zurückgescheut, den Weltbrand zu entfesseln. Ich habe soeben von unserem Botschafter in Konstantinopel ein Telegramm erhalten, worin mir mitgeteilt wird, daß am dortigen englischen Botschaftsgebäude ein Plakat angeschlagen ist, die deutsche Flotte hätte in der Nordsee eine furchtbare Niederlage erlitten und zwanzig ihrer besten Schiffe dabei verloren. Kein wahres Wort ist an dieser Geschichte. Sie sollte natürlich dazu dienen, bei den Türken Stimmung zu machen. — Die frivole Politik Rußlands trägt die direkte Schuld am Kriege. Wir kämpfen heute nicht nur für uns; besonders die skandinavischen Länder müssen ja verstehen, daß es auch um ihre Existenz geht, wenn Rußland siegen sollte. Daß also mit unserem Schicksal auch dasjenige anderer germanischer Länder von höchster Geisteskultur verknüpft ist, das läßt uns, die wir mit reinem Gewissen in den Krieg ziehen, mit doppelter Entschlossenheit kämpfen. — Man hat oft den Einwand gegen mich erhoben, daß ich zuviel des ethischen Moments in die Politik trage, betrachten Sie die Haltung unseres Volkes; bedenken Sie, was es heißt, daß auch unsere Sozialdemokraten, die mir so oft in der inneren Politik Schwierigkeiten bereiteten, jetzt Mann für Mann mit uns gehen. Es sind tiefe, sittliche Kräfte, die alles vorwärts treiben. Noch eins: Unsere Mobilmachung ist noch nicht ganz beendet, und schon hat unsere Armee beträchtliche Erfolge erzielt: Lüttich, Mülhausen, Lagarde und das Land vom Feinde gesäubert. Ein Volk aber, das sich im Vollbesitz seiner moralischen Kraft wie ein Mann erhoben hat und so Bewundernswertes zu leisten vermag, das kann nicht unter die Räder kommen und das kommt nicht unter die Räder!

Kriegsbekanntmachungen.

Die fünfte Verlustliste.

Die am Mittwoch veröffentlichte fünfte Verlustliste meldet insgesamt den Verlust von 266 Mann. Davon sind 15 Offiziere und 251 Mannschaften.

Nach Toten, Verwundeten und Vermißten gruppiert, ergibt sich folgendes Bild:

	Tote	Verwundete	Vermißte
Offiziere	2	12	1
Mannschaften	43	135	73
	45 Tote	147 Verwundete	74 Vermißte

Da der Verlust nach den ersten vier Verlustlisten insgesamt 986 Mann betrug, erhöht er sich unter Hinzurechnung der 266 Mann der fünften Verlustliste auf 1252 Mann, nämlich 80 Offiziere und 1172 Mann.

Eine Warnung an die aufgebotenen Landsturmleute.

Berlin, 19. August. (W. T. B.) Das stellvertretende Generalkommando des dritten Armeekorps erläßt folgende Bekanntmachung: Die dem ausgebildeten Landsturm angehörenden Unteroffiziere und Mannschaften werden davor gewarnt, ihre Berufe vorzeitig aufzugeben, da sich noch nicht übersehen läßt, welche Jahresklassen zur Einziehung gelangen. Voraussichtlich zunächst nur die jüngste.

Zur Beförderung neu zugelassene Güter.

Nach einer Mitteilung der Staatsbahnverwaltung sind zur Beförderung auf der Bahn folgende Güter neu zugelassen worden: Privatkohle zum Betrieb von Meiereien, Mühlen, Bäckereien, Schlachthöfen, sowie Kohlensendungen zur Bergung der Ernte, Buchdruckereiwalzen und Walzenmasse, Saatgetreide, Gepäck als Stückgut oder Wagenladung, Düngemittel und Rohstoffe zur Düngerfabrikation, leere Fischtransportfässer und Fischversandkörbe, leere Fleischkörbe.

Für die Lieferungen an Militärbehörden sind nunmehr Vereinfachungen in großem Umfange eingetreten; so sind die Eisenbahndienststellen angewiesen worden, unmittelbar an eine Militärbehörde oder von einer solchen an Private adressierte Sendungen ohne weiteres anzunehmen, da durch die Angaben im Frachtbrief die Sendungen als solche für die Heeresverwaltung gekennzeichnet sind. Von Privaten an Private gerichtete Sendungen werden gleichfalls ohne weiteres angenommen, wenn die Frachtbriefe den vorgeschriebenen Vermerk der zulassenden Militärverwaltung tragen. Annahmescheine werden demgemäß von der Linienkommandantur nicht mehr ausgestellt.

Unsere französischen Parteigenossen und der Krieg.

Der „Basler Vorwärts" schreibt:

„Endlich sind wir in der Lage, wenigstens einige Mitteilungen über die Haltung der französischen Parteigenossen beim Kriegsausbruch zu machen. Wie die deutschen Sozialdemokraten sich einmütig bereit erklärt haben, zur Verteidigung ihres Vaterlandes gegen Rußland zu den Waffen zu greifen, so stellen sich auch die französischen Sozialisten auf den Standpunkt, daß es ihre nationale und kulturelle Pflicht sei, ihr Vaterland gegen einen Angriff Deutschlands zu schützen. Und die leitenden sozialistischen Führer beider Länder rechtfertigen ihre Zustimmung zum Krieg mit der Erklärung, daß ihr Land angegriffen worden sei. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht die letzte große Versammlung der französischen Sozialisten nach der Kriegserklärung und nach der Ermordung von Jaurès. Der Parteisekretär Dubreuilh erklärte hier, es gelte jetzt zur Verteidigung des angegriffenen Frankreich die Waffen zu ergreifen. Freudig, aber ohne Rachegedanken und mit dem festen Vorsatz, das Vaterland anderer zu achten, sei auch die sozialistische Partei dazu bereit. Eduard Vaillant hob hervor, die Partei habe nun die Aufgabe, auch die patriotische Pflicht zu erfüllen und die Republik zu verteidigen. Jean Longuet sagte, das Frankreich der Revolution und der Demokratie, das Frankreich der Enzyklopädie, des Jahres 1793 und des Juni 1848 müsse verteidigt werden. Der Kampf gelte nicht dem deutschen Volke, die Sozialisten nehmen den Kampfruf der Freiwilligen von 1793 auf: „Friede mit den Völkern, Krieg dem Könige!" Marcel Sembat, ein geistvoller Führer der französischen Sozialdemokratie, führte aus, Frankreich kämpfe hier einzig für die französische Kultur und die Völkerfreiheit, nicht für die Erfüllung chauvinistischer Rachegelüste. Nicht die Zerstörung deutscher Kultur sei das Ziel des Krieges, und wenn ein siegreiches Rußland Deutschland zerstückeln und die Kosaken seine berühmten Hochschulen zerstören wollten, so werde das Frankreich nicht zugeben. Das siegreiche Frankreich werde Elsaß-Lothringen die Wahl lassen, sich ihm anzuschließen oder eine selbständige Regierung zu bilden.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, worin die Regierung ersucht wird, noch in letzter Stunde alles für die Erhaltung des Friedens zu tun; im Falle einer Kriegskatastrophe aber werde die sozialistische Partei entschlossen für die Existenz und Integrität Frankreichs kämpfen."

Politische Uebersicht.

Oeffentliche Unterstützung in der Kriegszeit ist keine Armenunterstützung.

Das Reichsamt des Innern hat die Auffassung des sozialdemokratischen Parteivorstandes und der Gewerkschaften, daß Unterstützungen an Arbeitslose, die in der gegenwärtigen Kriegsperiode gezahlt werden, nicht als Armenunterstützung anzusehen seien, als richtig anerkannt und wird einen Erlaß an die Bundesregierungen richten, wonach die Unterstützungen, die Arbeitslose jetzt aus öffentlichen Mitteln erhalten, nicht als Armenunterstützung anzusehen sind und deshalb die politischen Rechte nicht berühren.

Kriegsfürsorge des preußischen Staates.

Das preußische Finanzministerium hat auf Grund einer Verständigung zwischen sämtlichen Ressorts verfügt: „Wenn Arbeiter oder sonstige in einem Arbeiter- oder ähnlichem Verhältnis befindliche Lohnempfänger infolge der Mobilmachung in den Militär- (Marine-) dienst beim Heer, bei der Flotte oder beim Landsturm einberufen sind oder sich freiwillig zum Kriegsdienst gestellt haben, so sind bis auf weiteres deren Angehörigen Beihilfen nach Maßgabe des Bedürfnisses bis höchstens 25 Proz. des Lohnes des Einberufenen für die zurückbleibende Ehefrau sowie bis höchstens 6 Proz. des Lohnes für jedes eheliche und den ehelichen gesetzlich gleichstehende Kind unter 15 Jahren, zusammen aber bis höchstens 50 Proz. des Lohnes zu gewähren."

Weiter heißt es in dem Erlaß: „Da davon ausgegangen wird, daß die Reichsunterstützungen beim Vorliegen der reichsgesetzlichen Voraussetzungen noch neben den (obengenannten) zu gewährenden Beihilfen gezahlt werden sollen, so haben sich die bewilligenden Behörden zweckmäßig bei Festsetzung der Beträge mit den Kommunalbehörden wegen des von diesen beabsichtigten Vorgehens in Verbindung zu setzen, damit nicht etwa die vom Reiche zu erstattenden kommunalen Unterstützungen lediglich um des Maßes der Staatsbeihilfen willen gekürzt werden oder ihre Zahlung überhaupt unterbleibt."

Reichspost, Bahnverwaltung und Arbeitslose.

Rühmend meldet das „Berliner Tageblatt" auf Grund einer Mitteilung in den „Burschenschaftlichen Blättern", daß eine Anzahl Göttinger Professoren die Stellen von Landbriefträgern übernommen habe. Aehnliche, mit lobenden Glossen ausgeschmückte Nachrichten gehen auch sonst noch immer wieder durch die Presse. Will man denn gar nicht einsehen, mit wie schweren Schäden für das Volk diese freiwillige Hilfstätigkeit verbunden ist?! Die Opferfreudigkeit der Göttinger Herrn Professoren und all der anderen „freiwilligen Helfer" in allen Ehren: Aber jeder, der hier unentgeltlich Dienste leistet, nimmt damit zugleich einem anderen das Brot, das er mit den Seinen unbedingt zum Leben braucht. Zum mindesten sollte die Postverwaltung diese Einsicht haben und die Angebote aller freiwilligen Hilfskräfte ein für alle Mal ablehnen. Ein Institut wie die Reichspost hat es doch auch wahrhaftig nicht nötig, freiwillige Helfer in seinen Dienst zu stellen!

Wie die Reichspost, so scheint auch die Bahnverwaltung mit der Einstellung neuer Kräfte sehr sparsam zu sein. Man muß vermuten, daß die vorhandenen Beamten ungewöhnlich angestrengt werden. Das ist hier aber besonders bedenklich; es besteht die Gefahr, daß infolge der übermäßigen Anspannung einmal Unachtsamkeit eintritt und dann ein schweres Unglück verschuldet wird. Hier scheint es also doppelt nötig, daß Ersatzkräfte herangezogen werden, womit zugleich zahlreichen Arbeitslosen geholfen sein würde.

Die polnischen Zeitungen in Westpreußen.

Die polnischen Zeitungen Westpreußens haben augenscheinlich in den letzten Tagen ein sehr wechselreiches Schicksal gehabt. In einem Flugblatt, das die Graudenzer „Gazeta Grudzladzka" an ihre Leser verbreitet, wird es wie folgt geschildert:

Der kommandierende General des 17. Armeekorps hat angeordnet, daß alle in Westpreußen erscheinenden polnischen Zeitungen verboten sind.

Am 9. August haben wir ein Schreiben von der Oberpostdirektion in Danzig erhalten, wonach den verbotenen Zeitungen das Wiedererscheinen gestattet wird — jedoch nur in deutscher Sprache.

Am 11. August teilte uns das Postamt Graudenz mit, daß der Vertrieb der „Gazeta Grudziadzka" und des „Przyjaciel Ludu" in polnischer Sprache ohne Einschränkungen wieder gestattet ist.

Am 12. August wurde uns seitens des Postamts Graudenz mitgeteilt, daß das Erscheinen der „Gazeta Grudzladzka" und des „Przyjaciel Ludu" in polnischer Sprache laut Verfügung der kaiserlichen Oberpostdirektion in Danzig nur für den Bereich der Festungen Graudenz, Culm und Marienburg zugelassen ist.

Welche Gründe für diesen mannigfachen Wechsel der Anordnungen maßgebend gewesen sind, ist nicht recht ersichtlich.

Die Mutter Gottes von Czenstochau.

Die Kriegsphantasie treibt eigenartige Blüten. Ausgerechnet im „Berliner Tageblatt" schwärmt ausgerechnet Prof. J. Jastrow für — die Mutter Gottes von Czenstochau! — Es gibt in dieser Stadt ein Kloster mit einem „wundertätigen" Madonnenbild und es wallfahrten nach diesem Kloster viele Menschen, ähnlich wie sie nach Trier, oder nach Lourdes, oder nach Maria Einsiedel wallfahrten. Das gibt Herrn Jastrow die glänzende Idee ein, es möchten Proklamationen an die Polen herausgegeben werden, „datiert von dem Heiligtum der Mutter Gottes von Czenstochau".

Der Herr Professor gibt die letzten Worte sogar in Polnisch wieder, nur leider in ganz falschem Polnisch.

Wir möchten doch raten, derartigen Unfug zu unterlassen. Gerade weil ein erheblicher Teil der polnischen Bevölkerung noch in religiösem Fanatismus befangen ist, soll man sich hüten, mit diesem Feuer zu spielen. Ferner ist in Polen der Wreschener „Krawall"-Prozeß nicht vergessen, der entstand, weil man polnische Schulkinder zwang, in deutscher Sprache zu beten und auch die Vorgänge in der Berliner Pauluskirche sind noch in frischer Erinnerung. Es könnten also die Polen eine solche Proklamation als bitteren Hohn empfinden. — Ueberhaupt läßt man bei dem entfachten Weltenbrand die Religion am besten aus dem Spiele.

Ein Fahnenmärchen.

Die „Neue Gesellschaftliche Korrespondenz" verbreitet eine Meldung aus Gelsenkirchen, die folgendermaßen lautet:

„Im hiesigen Industriegebiet marschierte heute ein Zug Sozialdemokraten mit Fackeln in der rechten und roten Fahnen in der linken Hand zum Bismarck-Denkmal. Dort warfen die Sozialdemokraten die Fackeln zu einem Scheiterhaufen zusammen, verbrannten die roten Fahnen und entfalteten die Nationalfahne. Unter Jubel zogen sie wieder ab. . . ."

An dieser Meldung ist, wie sofort angestellte Nachforschungen ergeben haben, auch nicht ein wahres Wort, sie ist von Anfang bis zu Ende erlogen. Die Nachricht trug übrigens den Stempel der Unwahrscheinlichkeit von vornherein so deutlich auf der Stirn, daß es geradezu unerfindlich ist, wie eine ganze Reihe von Zeitungen darauf hineinfallen konnte.

Produktionsverteilung in der Tabakindustrie.

Die deutschen Tabakindustriellen haben sich auf Anregung der Zigarrenfabrikanten des Mindener Bezirks zu einer gemeinsamen Organisation zusammengeschlossen, die den Zweck verfolgt, die etwa eingehenden Großaufträge für den Bedarf von Heer und Marine auf sämtliche leistungsfähigen Produktionsstätten zu verteilen und dadurch eine möglichst gleichmäßige Beschäftigung aller Fabriken zu gewährleisten. Zur Entgegennahme der Aufträge soll eine Zentralstelle geschaffen werden, die die Verteilung durch Vermittelung mehrerer, für die verschiedenen Produktionszentren einzurichtender Unterausschüsse bewirken wird.

Aufhebung des Militärboykotts.

Auf Anordnung des Gouverneurs in Köln a. Rh. wurde der Militärboykott über das Kölner Volkshaus und die übrigen Verkehrslokale der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften aufgehoben.

Erkrankung des Papstes.

Rom, 19. August. (W. T. B.) Der Gesundheitszustand des Papstes hat sich in der letzten Nacht verschlimmert. Der Papst hat eine unruhige Nacht verbracht. Nach dem heutigen Morgenbesuch entschlossen sich die Aerzte, täglich zweimal Krankheitsberichte auszugeben. Die Verschlimmerung im Befinden des Papstes rief im Vatikan großen Schmerz und lebhafte Erregung hervor.

Der Krieg und England.

Der Londoner Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" entwirft folgendes Bild von der in England herrschenden Stimmung:

Das Landungsheer? . . . Ich weiß nichts davon. „Es ist noch kein Mann hingebracht worden," erzählte mir heute jemand, der mindestens aus ebenso guten Quellen schöpft wie jene, die das Gegenteil behaupten. Dieses verdammte Warten, und in Belgien steht die große Schlacht vor der Tür. Eine Million Menschen auf jeder Seite. Und das Los Europas auf des Messers Schneide. Wird das Deutsche Reich mit seiner straffen Organisation, seiner militärischen Zucht, seinem Vertrauen in die eigene Berufung sich Bahn brechen? Wird es Frankreich aufs neue erniedrigen und zwischendurch das arme Belgien zu Boden schlagen?

So sieht das englische Volk den Streit und seinen Einsatz an. Man fühlt sich als Retter der Freiheit Europas. Das ist eine schöne Rolle, aber es ist wirklich nicht so leicht, sich in dieser Rolle dieselben Leute vorzustellen, die sich in anderen Fällen um die Rechte kleiner Nationen — Iren, Buren — bitter wenig gekümmert haben. Das ist der Gang der Geschichte. Nationen erfüllen edle oder unedle Rollen, nicht nach den Geboten ihrer Ideale. Wer dürfte es wagen, in diesen Tagen, wo wir den Zusammenbruch von soviel internationalem Idealismus erleben, davon allzu laut zu sprechen! Sie erfüllen die eine oder die andere Rolle, wie ihre Interessen sie in die eine oder die andere Richtung weisen, — ihre Interessen, oder was dafür gehalten wird.

Es ist ein nüchternes und praktisches Interesse, das die Engländer daran haben, gegen eine Störung des festländischen Gleichgewichts einzutreten. Aber das hindert nicht, daß sie in diesem Fall an der Seite des angegriffenen Belgien stehen und sich als Träger des Völkerrechts bezeichnen können. Solcherlei Fragen scheinen gewöhnlich sehr verwickelt, sehr tiefsinnig und sehr belangreich zu sein und sind doch weder das eine noch das andere. Haben die Niederlande im sechzehnten Jahrhundert um Gewissensfreiheit oder gegen den Zehnten gestritten? Was soll man sich des Langen und Breiten darüber auseinandersetzen! . . . Viele Engländer erklären heute, da nun die Sachen einmal so ständen, könne die Vernichtung von Deutschlands Handel eine Vergütung für den Krieg sein. Aber daß das englische Volk für den Krieg zu haben gewesen ist, daß es ihn mit Begeisterung führt, das wird Ihnen jeder Engländer in gutem Glauben versichern, d. h. um Belgien, um Recht, um Treue, um Ehre . . .

Und sollen sie nun bei dieser ersten Schlacht, die für Belgien so unsagbar viel bedeutet, fehlen? Es ist kaum anzunehmen, daß sie, nachdem bereits über eine Woche mobilisiert wird, noch nicht mit den Truppentransporten begonnen hätten. Die Mobilisierung, so wird uns versichert, ist so glänzend verlaufen, die von Lord Haldane geschaffene Maschinerie — nicht ohne Nutzen aus Deutschlands Lehren — hat sich so gut bewährt . . . und soll bei alledem noch kein Mann zum Kampf nach dem Festland gebracht sein!

Was den hiesigen Zustand betrifft, so scheint es fast, als ob London trotz der Soldaten, trotz der Fähnchen, trotz der Zeitungsausrufe von Tag zu Tag friedlicher und normaler würde. Fast könnte man denken, daß ein wirkliches Gefecht trotz des Kriegszustandes hier wie eine Ueberraschung wirken müßte. Man sitzt hier übrigens nicht mit den Händen im Schoß, wo es sich um Abhilfe für die ökonomische Not handelt, die aus dem Kriegszustand entspringt. Der Prinz-von-Wales-Fonds beläuft sich heute schon auf 700 000 Pfund und wird zweifellos in wenigen Tagen die Million erreicht haben. Aber weit besser noch sind die Pläne, um produktive Arbeit im größten Maßstabe aufzunehmen. Vom sozialen Standpunkt aus sind diese Maßnahmen außerordentlich wichtig. Man hat schon verschiedentlich die Beobachtung gemacht, daß die Not die Nation zum Staatssozialismus in einem Umfange zwingt, von dem man sich in normalen Zeiten keine Vorstellung machen kann. In den „Daily News" von heute morgen stand ein beachtenswerter Artikel von Charles Roden Buxton über Arbeitslosigkeit. Es ist — so weist der Schreiber nach — sicher bis zu einem gewissen Grade wichtig, daß das Publikum, wie man jetzt von allen Seiten verlangt, seine Lebensführung wie in gewöhnlichen Zeiten beibehält, aber trotzdem ist es sicher, daß eine Zeit der Einschränkung von Luxusausgaben und also auch eine völlige Reorganisation von Erzeugung und Verbrauch bevorsteht. Außer der verminderten Nachfrage nach Luxusartikeln sind die Industrien, die ihre Grundstoffe aus Deutschland beziehen, in erster Linie betroffen. Die Baumwollindustrie wird wegen des Wegfalls von Farbstoffen wie Anilin und Naphthalin, zu leiden haben, die Marmeladenherstellung gleichfalls, da England den dritten Teil seines Zuckers aus Deutschland bezieht, die Färberei, da drei Viertel der Farbstoffe von Deutschland geliefert werden; auch die Stahlindustrie ist hierher zu rechnen, die auf die Hälfte ihres Rohmaterials verzichten muß.

Wenn, so führt Buxton aus, die Nation alle ihre Arbeitskräfte nach ihren wirklichen Bedürfnissen zu organisieren verstehen wird, so wird nichts so unmöglich sein wie Arbeitslosigkeit, denn erstens schafft die kraftvolle Durchführung eines Krieges riesenhafte neue Bedürfnisse; man denke nur an Kleidung, Waffen, Transportmittel. Zweitens sind viele Hände nötig, um die Arbeit zu verrichten, die die Reservisten und Freiwilligen im Stich gelassen haben, und drittens — das ist der springende Punkt — muß Arbeit verrichtet werden, um den bleibenden Reichtum der Nation zu vermehren. Hier muß der Staat Unternehmer sein, der auch die gesamte Reorganisation der Arbeit zu leiten hat. Eine Erhöhung der Steuern ist dabei natürlich unvermeidlich.

Die Regierung läßt es in der Tat auf diesem Gebiet nicht an Initiative fehlen. Man weiß, daß sie vier Millionen Pfund ausgeben will für die Verbesserung von Kleinwohnungen. Eine weitere Million ist für Aufforstungen, Geländevereinigung und ähnliche Zwecke bestimmt.

Das demobilisierte Ruhrrevier.

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben:

Die Mobilisierung des Heeres hat die Demobilisierung des Ruhrreviers zur Folge gehabt. Der Ruf zu den Fahnen hat die Arbeiterschaft in Schacht und Hütte um ein Fünftel bis zur Hälfte, ja sogar an einigen Stellen bis zu zwei Dritteln vermindert. Besonders schwer betroffen wurden die jüngeren Werke, die mit Ausländern und angeworbenen (meist jungen) Leuten arbeiten. Die Produktion hat eingeschränkt werden müssen. Es wäre aber falsch, daraus den Schluß zu ziehen, daß hier ein starker Bedarf an Arbeitskräften zu verzeichnen ist. Das ist durchaus nicht der Fall, denn weit mehr als durch die Arbeiterentziehung werden die Werke beeinträchtigt durch den Fortfall des regelmäßigen Güterverkehrs. Die Zechen haben Kohlen genug liegen, die Lagerplätze des Syndikats sind gefüllt, es fehlt aber an den Transportmitteln, sie dem Verbrauch zuzuführen. Es ist uns bekannt, daß sogar öffentliche Betriebe schon unter Kohlenmangel leiden. Aehnlich ergeht es den Eisenwerken. Nachdem in den letzten Jahren die Einführung arbeitersparender Maschinen große Fortschritte gemacht hat, leiden sie weniger unter dem Mangel an Arbeitskräften als vielmehr unter der Unterbindung der Rohstoffzufuhr. In Erzen sind zwar die meisten Werke noch wohlversorgt, aber den Hochöfen fehlt es an Kalk. Auch viele Bauten liegen still. Erntearbeiter haben sich genug gemeldet, es ist aber keine Nachfrage da. Um so unangenehmer muß es daher berühren, wenn ein Werk, das Heereslieferungen hat, wie das Gußstahlwerk in Witten a. d. Ruhr 30 Realschüler eingestellt hat. Wahrscheinlich bezahlt es so „hohe" Löhne, daß sich kein Arbeiter findet. Oder will es aus den Militärlieferungen eine recht fette Dividende für die Aktionäre herausschlagen? Hoffentlich kümmert sich die Militärbehörde einmal um die Sache.

Recht böse sieht es auch mit der Nahrungsmittelversorgung aus. Das Ruhrrevier ist der beste Abnehmer für die Landwirtschaft Hollands. Jede Zufuhr hat aber aufgehört, was zur Folge hat, daß in Holland die Preise in ganz unglaublicher Weise gesunken sind (Kartoffeln pro Pfund 2 Pf.!), während hier die Preise für einheimische Agrarprodukte geradezu ins Ungemessene steigen. Kartoffeln, Gemüse, Obst sind rar geworden. Die festgesetzten Höchstpreise sind einfach die Preise. Uebrigens die Höchstpreise! In den verschiedenen Kreisen und Städten sind sie so verschieden festgesetzt, wie das in den Marktverhältnissen in keiner Weise gerechtfertigt ist. In Dortmund-Stadt beträgt z. B. der Höchstpreis für Kartoffeln 8 M., im Landkreis 6 M. Aehnliche Unterschiede weisen auch die sonstigen Höchstpreise auf. Es wäre viel zweckentsprechender gewesen, wenn die Behörden zunächst den Produzenten und den Großhändlern Höchstpreise vorgeschrieben hätten. Diese Versäumnis wird sich bitter rächen. Die Produkte werden auch von den Landwirten offenbar zurückgehalten. Im Hörder Kreis haben ein Amtmann und ein Gemeindevorsteher die Bauern vor dem Verkauf nach auswärts gewarnt. Dagegen sollte der Landwirtschaftsminister einschreiten. Um der Gemüsenot abzuhelfen, hat die Stadt Dortmund einen Aufruf an die Grundbesitzer erlassen, damit sie unbebaute und unbenutzte Grundstücke zum Gemüsebau zur Verfügung stellen. Die Arbeit wird besorgt von Frauen und Mädchen, die sich zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt haben. Auf städtischen Grundstücken sind die Arbeiten unter Leitung der Stadtgärtnerei im besten Gange.

Die Arbeiterpresse hat — soweit darüber Angaben zu erhalten waren — bisher nennenswerte Einbußen an Abonnenten nicht zu verzeichnen. Fast allgemein hat sie den Straßenverkauf organisiert. In Dortmund wird auch eine zweiseitige Extraausgabe für den Straßenverkauf am Abend ausgegeben. So steht zu hoffen, daß die Presse nach dem Kriege zu den alten manchen neuen Leser erhalten wird. Die polnische Presse des Bezirks ist verboten worden, die Druckereien wurden behördlich geschlossen. Ueber die Gründe für dieses Vorgehen hat man nichts erfahren können. Die Zentrumspresse hetzt in gewohnter Weise weiter. Die Dortmunder „Tremonia" bemüht sich gegenwärtig um den lächerlichen Nachweis, daß es Sozialdemokraten waren, die in der Gegend von Lüttich die Greueltaten an deutschen Soldaten begingen. Was soll man zu solchem Unsinn sagen? —

Es sind schwere Zeiten, die jetzt für viele tausende im Ruhrrevier gekommen sind.

Soziales.

Förderung öffentlicher Bauten.

Bei Ausbruch des Krieges sind infolge der starken Entziehung von Arbeitskräften der Unternehmer durch die Mobilmachung auch die Bauarbeiten im Bereiche des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten an manchen Stellen eine Zeitlang ins Stocken geraten. Der Minister hat angeordnet, daß die Bauarbeiten seines Ressorts ungesäumt wieder aufzunehmen und nach Möglichkeit zu fördern sind, um der Arbeitslosigkeit in tunlichst weitem Umfange zu steuern. Auch der Ersatz zur Fahne einberufener Bahnunterhaltungs-, Werkstätten- und sonstiger Arbeiter wird einer Anzahl von Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit geben.

Krankenkassen und Arbeitgeber.

Ein größerer Arbeitgeber weist darauf hin, daß die Entlassung der Arbeiter den Nachteil der Abmeldung der Arbeiter von der Krankenkasse nach sich zieht und daß der Arbeiter ja meist nicht in der Lage sein wird, seine freiwillige Mitgliedschaft aus eigenen Mitteln aufrecht zu erhalten. Er macht dann folgenden gut gemeinten und leicht durchführbaren Vorschlag:

„Es scheint mir außerordentlich wichtig, alle Arbeitgeber hierauf aufmerksam zu machen und alles zu versuchen, um wenigstens dies Aeußerste von ihren entlassenen Arbeitern abzuwenden. Dies ist möglich:

1. Der Arbeiter wird nicht entlassen, sondern er „setzt nur aus", bis wieder bessere Zeiten kommen (und diese müssen ja kommen), dann bleibt der Arbeiter im Verbande der Firma; er braucht nur zwei Drittel des Krankengeldes zu zahlen und ein Drittel zahlt sein Arbeitgeber für ihn. Kann er auch diese zwei Drittel nicht zahlen und will der Arbeitgeber ihm diese zwei Drittel nicht vergüten, so bleibt immer noch der Weg, daß er sie ihm als Vorschuß (als Vorausbezahlung für später zu leistende Arbeit) gibt. Dieser Weg ist rechtlich gangbar und gestattet dem Arbeitgeber, diese Beträge nach und nach vom Lohn wieder abzuziehen, während Krankenkassenbeiträge nach vierzehn Tagen verfallen.

2. Werden die Arbeiter aber entlassen, so sollte der Arbeitgeber wenigstens für die nächsten Monate oder bis der Arbeiter neue Arbeit findet, für die Zahlung des Krankengeldes selbst sorgen.

3. Könnten nicht auch die Gewerkschaften hier für ihre Angehörigen eintreten?!

Wie notwendig es ist, hieran zu denken, beweist der enorme Rückgang der Mitgliederzahl fast aller Krankenkassen in den letzten zwei Wochen. Sehr viele Krankenkassen haben fast die Hälfte, einzelne über zwei Drittel ihrer Krankenkassenmitglieder eingebüßt. Eine große Berliner Kasse hat nicht weniger als 280 000 Mitglieder verloren, eine kleinere Spezialarbeiterkasse ist von 10 000 auf 1500, eine andere von 15 000 auf 4500 Mitglieder gefallen! Man bedenke das ungeheure Unglück, das hier droht. In jahrzehntelanger Arbeit hat die Arbeiterschaft zusammen mit den Arbeitgebern das Vermögen der Krankenkassen aufgehäuft. Die Aufsichtsbehörde hat für große Notreserven gesorgt, und wann sind diese Reserven nötiger als in solchen Kriegszeiten? Aber sie verfehlen durch die oben geschilderten Verhältnisse ihren Zweck! Die Gelder liegen da für diese Not, aber durch die plötzlichen Entlassungen verliert der Berechtigte den Anspruch an diese auch von ihm und für ihn jahrelang mit aufgesammelten Reserven!

Aus Industrie und Handel.

Ausfuhrverbote.

Das Verbot der Ausfuhr von Verpflegungs-, Streu- und Futtermitteln ist dahin ergänzt worden, daß auch Raps, Rübsen, Erdnüsse, Sesam, Leinsaat, Leinmehl, Hanfsaat, Baumwollsamen, Sojabohnen, Palmkerne und Kopra unter das Verbot fallen.

Unter das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition usw. fallen auch Nautische Winkelmeßinstrumente, Fahrtmesser, Tiefenmesser, Chronometer, Beobachtungsuhren, Kompasse und Kompaßzubehör, Seekarten und Seehandbücher.

Ausnahmetarife für Brotgetreide und Kartoffeln.

Mit Gültigkeit vom 22. August 1914 tritt aus Anlaß des Kriegsausbruchs zur gleichmäßigen Versorgung Deutschlands mit Brotgetreide und Kartoffeln, zunächst auf den Strecken der deutschen Staatseisenbahnen, der Cronberger, Farge—Vegesacker Eisenbahn, der Kerkerbach-Bahn und der Kreis-Oldenburger Eisenbahn ein Ausnahmetarif für A) Roggen und Weizen, B) Kartoffeln, frisch, gedörrt oder getrocknet (auch zu Speisezwecken) in Kraft, der Frachtermäßigungen zu A) ab 401 Kilometer, zu B) ab 151 Kilometer für Ladungen von mindestens 10 Tonnen gewährt. Die Frachtsätze betragen beispielsweise in Mark für 10 Tonnen: für 200 Kilometer zu A) —, zu B) 45, für 300 Kilometer zu A) —, zu B) 55, für 400 Kilometer zu A) —, zu B) 65, für 500 Kilometer zu A) 202, zu B) 75 und für 600 Kilometer zu A) 212, zu B) 85 M.

Maßnahmen der preußischen Zentralgenossenschaftskasse gegen die Kreditnot.

Der preußische Handelsminister v. Sydow hat den Oberpräsidenten eine Verfügung zugehen lassen, in der es u. a. heißt:

„Dem Kreditbedürfnisse der kleingewerblichen Bevölkerung wird unter den gegenwärtigen Verhältnissen jede nur mögliche Erleichterung zu verschaffen sein. Ich weise darauf hin, daß die Preußische Zentralgenossenschaftskasse in der Lage ist, jedes berechtigte Kreditbedürfnis in vollem Umfange zu erfüllen. Dazu ist aber erforderlich, daß den im Gesetz vom 31. Juli 1895 der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse vorgeschriebenen Bedingungen genügt wird, das heißt daß bezirksweise Verbandskassen gebildet werden, soweit solche nicht schon bestehen . . . Die Preußische Zentralgenossenschaftskasse ist bereit, die Gründung der Verbandskassen auf jede Weise zu erleichtern . . . Zur weiteren Erleichterung in der Kreditgewährung wird die Preußische Zentralgenossenschaftskasse während der Kriegszeit bei der Diskontierung von Wechseln von der Beibringung der sonst erforderlichen Unterlagen absehen, sofern die Güte der ihr eingereichten Wechsel durch örtliche Vertrauenskommissionen der Genossenschaften bescheinigt wird . . ."

Kriegskreditbank in München.

Auch in München soll eine Kriegskreditbank gegründet werden, und zwar als Aktiengesellschaft mit 4 Millionen Mark Aktienkapital. Die Stadt München steuert außerdem ein Garantiekapital von 2 Millionen Mark bei. Die Reichsbankhauptstelle München ist vom Reichsbankdirektorium in Berlin ermächtigt worden, der Bank auf Grundlage dieser Kreditbasis einen Kredit von 24 Millionen in Form des Wechseldiskonts zur Verfügung zu stellen.

Die Kriegswirkungen in Amerika.

Aus New York wird gemeldet: In den Vereinigten Staaten ist mit der Ausgabe der Notstandsbanknoten begonnen worden. Sie dürfen ohne die vorgeschriebene Effektendeckung von den Nationalbanken bis zur Höhe von 125 Proz. von Kapital und Reserven ausgegeben werden. Die New Yorker Banken haben bisher in Höhe von 80 Millionen Dollar von dieser Erlaubnis Gebrauch gemacht.

Das Bundesschatzamt kauft größere Quantitäten Silber, um dem Mangel an Zahlungsmitteln abzuhelfen.

Es wird ein bedeutender Getreideüberschuß für die Ausfuhr erwartet, aber Exportmöglichkeiten sind vorläufig nicht vorhanden. Der Außenhandel hat aufgehört. Alle Lagerhäuser sind mit Waren gefüllt. Im New Yorker Hafen liegen 200 Frachtschiffe. Die Amerikaner richten sich ein, eine eigene Handelsflotte zu entwickeln.

Da infolge des verminderten Außenhandels die Zölle gewaltig zurückgehen, soll eine Kommission des Kongresses die Einführung neuer Zölle studieren.

Letzte Nachrichten.

Das Befinden des Papstes.

Rom, 19. August, 6 Uhr 30 Min. nachm. (W. T. B.) Das Befinden des Papstes ist, wie der „Osservatore Romano" mitteilt, anhaltend sehr ernst.

Verlustliste Nr. 5.

Erklärung der Abkürzungen.

Leicht verwundet = leichtverw.
Schwer verwundet = schwerverw.
Gefangen = gef.
Vermißt = verm.
Hauptmann = Hauptm.
Oberleutnant = Oberleutn.
Leutnant = Leutn.
Feldwebel = Feldw.
Vizefeldwebel = Vfeldw.
Sergeant = Serg.
Unteroffizier = Unteroff.
Gefreiter = Gefr.
Einjähriger = Einj.
Landwehrmann = Landw.
Reservist = Res.

Grenadierregiment 5, Danzig.

1. Kompagnie. Unteroff. Alfred Otto, **tot.** — Unteroff. Arthur Grunwald, schwerverw. — Res. Paul Bolle, leichtverw. — Friedrich Broscheit, schwerverw. — Adolf Aschberg, leichtverw. — August Friese, leichtverw. — Ullrich Thöter, leichtverw. — Res. Friedr. Karnath, leichtverw. — Res. Gefr. Friedr. Kleiß, leichtverw. — Res. Joseph Prangel, leichtverw. — Res. Gefr. Bernhard Ulmer, leichtverw. — Res. Albert Milz, **tot.** — Res. Felix Plotzki, schwerverw. — Res. Felix Puttkammer, leichtverw. — Res. Heinrich Domres, schwerverw. — Res. Emil Glaubke, verm. — Leutn. d. Res. Arthur Albrecht, schwerverw. — Leutn. d. Res. Karl Vollmer, schwerverw.

2. Kompagnie. Unteroff. Immanuel Raths, leichtverw. — Friedrich Krüger, leichtverw. — Walter Heitmann, schwerverw. — Res. Otto Schröder, leichtverw. — Res. Gefr. Erich Tscheppan, leichtverw. — Albert Krell, **tot.** — Fritz Sorgenfrei, **tot.** — Res. Ernst Zeels, leichtverw. — Res. Joh. Krett, leichtverw. — Konstantin Kopkowski, schwerverw. — Res. Johann Bruchmann, schwerverw. — Res. Karl Maleska, leichtverw. — Karl Pieper, leichtverw. — Emil Sasse, leichtverw. — Res. Gustav Ludjai, verm. — Res. Vincent Kutschkowski, verm. — Res. Anton Kerschnikewitz, **tot.** — Karl Fischer, **tot.** —

3. Kompagnie. Johann Kotkewicz, **tot.** — Theodor Teysakowski, schwerverwundet.

4. Kompagnie. Gefr. Johannes Knoop, schwerverw. — Gefr. Gustav Mischke, schwerverw.

Maschinengewehrkompagnie. Johann Wrietsch, schwerverw. — Leutn. Werner Steig, leichtverw.

Infanterieregiment Nr. 20, Wittenberg.

4. Kompagnie. Friedrich Wilhelm Max Pfeiler, verm. — Johann Woytasik, verm.

9. Kompagnie. Einj. Gefr. Friedrich Raetz, **tot.** — Unteroff. d. Res. Puhlmann, leichtverw. — Unteroff. Erich Schumann, schwerverwundet. — Res. Paul Richter II, leichtverw. — Res. Swiniarski, leichtverw. — Res. Höhne I, verm. — Gefr. Walter Grünheid, schwerverw. und verm. — Gefr. Wilhelm Jacob, verm. — Dymala, verm. — Reckien, verm. — Ernst Sprenger, verm. — Res. Franneck, verm. — Unteroff. d. Res. Kohl, verm. — Einj. Unteroff. Oskar Schubert, verm. — August Matzy, verm. — Adolf Ziehe, verm. — Skrzypczak, verm.

10. Kompagnie. Ernst Schulze VII, leichtverw. — Feldwebelleutn. Hans Frick, **tot.** — Hermann Schulze III, **tot.** — Broneslav Filipiak, schwerverw. — Otto Koffle, schwerverw. — Karl Steuer, schwerverw. — Gustav Heinrich, schwerverw. — Otto Wittmann, leichtverw. — Gefr. Otto Böttcher, leichtverw. — Unteroff. d. Res. Kietzmann, leichtverw. — Serg. Karl Harder, leichtverw. — Reinhold Faber, leichtverw. — Unteroff. d. Res. Haseloff, leichtverw. — Schneider, verm. — Unteroff. Albrecht, verm. — Rietz, verm. — König, verm. — Vfeldw. d. Res. Bünger, verm. — Klingebeil, verm. — Unteroff. d. Res. Zergenge, verm. — Gefr. d. Res. Ingelmann, verm. — Lebe, verm. — Leutn. d. Res. Wasserfall, verm.

11. Kompagnie. Emil Mende, schwerverw. — Unteroff. Reinhold Theel, verm. — Willy Schreiber, verm. — Lorenz Korez, verm. — Matthias Sprutha, verm. — Feldw. Gustav Heberle, **tot.** — Unteroff. Willy Boettcher, **tot.** — Paul Wendt, **tot.** — Willy Bartsch, **tot.** — Gefr. Gustav Lobbes, **tot.** — Karl Laube, **tot.** — Hans Sommer I, **tot.** — Stanislaus Gawolewski, leichtverw. — Wilhelm Schadow, leichtverw. — Oswald Schäfer, leichtverw. — Einj.-Freiw. Unteroff. Otto Thärichen, leichtverw. — Nikolaus Mende, leichtverw. — Johann Schnabel, leichtverw. — Wilhelm Seilert, schwerverw. — Gefr. d. Res. Emil Letz, leichtverw. — Emil Krause, leichtverw. — Res. Reichert, leichtverw. — Stanislaus Skrzypczok, leichtverw.

12. Kompagnie. Feldw. Paul Klopprogge, leichtverw. — Unteroffizier Ernst Günther, schwerverw. — Unteroff. d. Res. Thie, schwerverw. — Einj.-Freiw. Unteroff. Wilhelm Turich, verm. — Einj.-Freiw. Unteroff. Höder, verm. — Gefr. Baranowski, **tot.** — Leo, leichtverw. — Kühnast, leichtverw. — Block, schwerverw. — Borchert, schwerverw. — Gensecke, schwerverw. — Schloßhauer, schwerverw. — Kanitz, verm. — Lehmann II, verm. — Gensicke, verm. — Hagen, verm. — Res. Donepp, verm. — Res. Hildebrandt, verm. — Res. Romonath, verm. — Gefr. Blaczeck, verm.

Maschinengewehrkompagnie. Franz Ritter, **tot.** — Gefr. Wladislaus Klix, verm. — Wladislaus Jagaski, verm. — Eduard Sorge, verm. — Voß, vermißt.

Landwehrinfanterieregiment Nr. 60, Weißenburg.

Wehrm. Scheffler, 8. Kompagnie, **tot.** — Wehrm. Laux, 6. Kompagnie, verwundet. — Wehrm. Roese, 6. Kompagnie, verwundet.

Infanterieregiment Nr. 70, Saarbrücken.

2. Kompagnie. Einj.-Freiw. Unteroff. Friedrich Schneider, **tot.**

Infanterieregiment Nr. 95, Gotha.

1. Kompagnie. Res. Karl Lorenz, **tot.**

Infanterieregiment Nr. 97, Saarburg.

Leutn. Erich Becker, schwerverw.

5. Kompagnie. Heinrich Bachmann, leichtverw. — Richard Tschentke, leichtverw.

7. Kompagnie. Gefr. Jakob Adam, **tot.** — Hornist Peter Glas, **tot.** — Theofil Paprocki, **tot.** — Louis Brockmüller, schwerver. — Otto Harke, leichtverw. — Anton Mikolaczyk, schwerver. — Res. Jakob Sinz, leichtverw. — Res. Wilhelm Birkenheuer, leichtverw. — Res. Albert Müller aus Ramstein, leichtverw. — Res. Heinrich Schmeer, leichtverw.

8. Kompagnie. Unteroff. Georg Schuh, **tot.** — Unteroff. d. Res. Karl Metz, leichtverw. — Unteroff. d. Res. Karl Schollwink, schwerverw. — Ewald Seibt, **tot.** — Hubert Laubach, **tot.** — Michel Becker I, schwerverw. — Emil Bauer, leichtverw. — Max Mon, leichtverw. — Res. Eugen Reinbold, leichtverw. — Res. Jakob Backes, leichtverw.

1. Kompagnie. Major Emil Breyding, leichtverw. — Leutn. Max Knoepfel, schwerverw. — Leutn. d. Res. Max Ebel, leichtverw. — Res. Adolf Caspar, leichtverw. — Res. Christian Poller, leichtverwundet. — Gefr. d. Res. Richard Weißgerber, leichtverw. — Res. Rocken, leichtverw. — Bernhard Völker, **tot.**

2. Kompagnie. Josef Kubitza, schwerverw. — Res. Fridolin Huber, leichtverw. — Eugen Haber, leichtverw.

3. Kompagnie. Johann Sawalock, schwerverw. — Gottfried Lankes, leichtverw. — Res. Leo Genin II, schwerverw.

4. Kompagnie. Leutn. d. Res. Schumann, leichtverw. — Robert Merken, leichtverw. — Res. Johann Steffes, leichtverw. — Heinrich Brück, schwerverw. — Friedrich Thiermann, leichtverw. — Wilhelm Wagner, leichtverw. — Fritz Brune, schwerverw. — Gustav Batsch, leichtverw. — Heinrich Unterbaeumer, leichtverw. — Heinrich Deußen, schwerverw. — Res. Nicolaus Lui, leichtverw. — Ernst Schlarb, schwerverw.

Infanterieregiment Nr. 112, Mülhausen i. Els.

1. Kompagnie. Fahnenjunker Karl Rudolf Hedenus, **tot.** — Emil Landes, leichtverw. — Gefr. d. Res. Salomon Bloch, leichtverwundet. — Unteroff. d. Res. Robert Wüst, verm. — Res. Johann Fünfgeld, verm. — Res. Albert Schroff, verm. — Severin Armbruster, verm. — Ludwig Martin Heilig, verm.

2. Kompagnie. Feldw. Waldemar Lemme, **tot.** — Friedrich Höge, **tot.** — Robert Lambart, **tot.** — Hauptmann d. Res. Emil Meister, schwerverw. — Mathias Lorenz, schwerverw. — Otto Sievers, schwerverw. — Friedrich Vögelin, schwerverw. — Karl Goetz, schwerverw. — Joseph Bussinger, schwerverw. — Heinrich Sohns, schwerverw. — Res. Franz Sauer, verm. — Res. Gottlob Drodowski, verm. — Res. Eugen Jülicher, verm. — Baptiste Liehl, verm. — Richard Domer, verm.

3. Kompagnie. Res. Anton Beser, verm. — Res. Adolf Weißenberger, verm. — Res. Anton Reuter, verm.

4. Kompagnie. Unteroff. d. Res. Karl Schadt, **tot.** — Serg. Alfred Otto Kahles, leichtverw. — Res. Oskar Püschel, leichtverw. — Res. Heinrich Apfel, leichtverw. — Res. Georg Albin Pläßerer, leichtverw. — Res. Robert Vögtlin, schwerverw. — Georg Winckler, leichtverw. — Res. Adam Dörsam, verm. — Res. Wilhelm Häbig, **tot.** — Res. Heinrich Theobald Schollenberger, schwerverw. — Res. Jakob Friedrich Ulrich, verm. — Paul Albin Richter, verm. — Res. Adam Reinmuth, verm. — Res. Ernst Hoffmann, verm. — Res. Friedrich Wilhelm Höferlin, verm. — Albert Schilling, verm. — Johann Friedrich Brenner, verm. — Wilhelm Heinrich Rapp, verm. — Hermann Wilhelm Gröting, verm. — Gustav Rudolf Sommer, verm. — Ludwig Mayer, verm. — Albert Schattner, vermißt. — Franz Eißler, verm.

Infanterieregiment Nr. 129, Graudenz.

9. Kompagnie. Karl Linn, leichtverw.
10. Kompagnie. Wilhelm Boldt, schwerverw.

Infanterieregiment Nr. 135, Diedenhofen.

9. Kompagnie. Vfeldw. August Piotrowski, leichtverw.
3. Bataillon. Major Max Hundrich, schwerverw.

Jägerbataillon Nr. 14, Colmar i. E.

Radfahrerkompagnie. Oberjäger Paul Klenz, **tot.**

4. Kompagnie. Jäger d. Res. Bernhard Klörres, **tot.** — Jäger d. Res. Albert Schröder, leichtverw. — Walter Flach, leichtverw. — Bernhard Dahms, **tot.** — Fahnenjunker Oberjäger Kurt Hake, leichtverw. — Jäger d. Res. Hermann Dunze, leichtverw.

Kürassierregiment Nr. 8, Deutz.

1. Eskadron. Konrad Schreiber, leichtverw.
2. Eskadron. August Stieger, schwerverw.

Dragonerregiment Nr. 14, Colmar i. E.

Leutn. d. Res. Hugo Blankenhorn, leichtverw.

1. Eskadron. Unteroff. Johann Bischoff, leichtverw. — Leutn. Friedrich Pichler, **tot.**

2. Eskadron. Unteroff. d. Res. Ludwig Blisch, leichtverw. — Trompeterjerg. Wilhelm Busche, Beinbruch.

Husarenregiment 5, Stolp.

Leutn. Jürgen Baarth, schwerverw.

Ulanenregiment Nr. 7, Saarbrücken.

1. Eskadron. Oberleutn. Richard Teßmar, **tot.**
3. Eskadron. Res. Wilhelm Künkele, **tot.**
4. Eskadron. Ulan Hermann Adam, vermißt.

Königsulanenregiment Nr. 13, Hannover.

5. Eskadron. Wilhelm Meyer II, leichtverw.
2. Eskadron. August Haas, **tot.**
4. Eskadron. Gefr. Karl Röthel, vermißt.
5. Eskadron. Fahnenj. Gerd Graf von Bassewitz, leichtverw. — Gefr. Otto Berlin, leichtverw. — Willi Gustav Gerbing, **tot.**

Ulanenregiment Nr. 14, St. Avold.

4. Eskadron. Ernst Nellen, vermißt. — Gefr. Heinrich Billion, Bruch des rechten Beines.

Feldartillerieregiment Nr. 34, Metz.

Kanonier Karl Margo B. M. R. 1/34, **tot.**

Feldartillerieregiment Nr. 37, Insterburg.

3. Batterie. Kanonier Ernst Rosemeier, **tot.**

Pionierbataillon Nr. 11, Hannoversch-Münden.

1. Feldkompagnie. Unteroff. d. Res. Johannes Karl Brückner, **tot.**

* * *

Berichtigung. Der in Verlustliste Nr. 1 als verwundet gemeldete Kurt Baader vom Jägerregiment zu Pferde 5 ist der Leutnant Baader.

Schiller-Theater
Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Prinz Friedrich von Homburg.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Die Sonnenfinsternis am 21. August und ihre Bedeutung für die Erforschung der Sonne.

Rose-Theater Gartenbühne Gr. Frankf. St. 132
Der Franzose in der Mausefalle. Die Heimkehr des Landwehrmanns. Die Wacht am Rhein.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger!
Gr. patriotisches Progr.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7½ Uhr
Für Militärpersonen und deren Angehörigen völlig freier Zutritt zu d. Stettiner Sängern und Theater.

Unserm Parteifreunde, dem Geschäftsführer der Volksbuchhandlung Halle a. S.
Gustav Schmidt
die herzlichsten Glückwünsche zu seinem
60. Geburtstage.
Weiter rufen wir ihm zu seinem am 30. August stattfindenden
40. Parteijubiläum
ein kräftiges Hoch zu. 135A
Mehrere alte Freunde.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pfg.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
2. Abt. Bez. 496.
Am Dienstag, den 18. August, verstarb unser Genosse, der Schlosser
Hermann Gandt
Anklamer Str. 31.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zionskirchhofes in Nieder-Schönhausen-Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

20. Abt. Bez. 795.
Am 13. August erstarb unser Genosse, der Gastwirt
Karl Gutschow
Marstr. 7.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. d. M., nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in der Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Hermann Gandt
am 18. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zions-Kirchhofes in Niederschönhausen aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Drücker
Richard Koschel
am 16. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Alten Zwölf-Apostel-Kirchhofes in Schöneberg, Kolonnenstraße, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
123/18 **Die Ortsverwaltung.**

Am 13. d. M., abends 11 Uhr, verstarb plötzlich und unerwartet mein lieber Mann und guter Vater, der Gastwirt
Karl Gutschow
im 49. Lebensjahre. 117a
Dies zeigt tiefbetrübt und um stilles Beileid bittet ergebenst an
Klara Gutschow
geb. Bieberstein.
Lucie Gutschow.
Berlin, den 18. August 1914.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. d. M., nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Seestraße, Eingang Müllerstraße, aus statt.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Karl Gutschow
Marstr. 7 — Bezirk 2,
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 20. August, nachmittags 4½ Uhr, von der Halle des Philippus-Apostel-Kirchhofes nach dem Städtischen Friedhofe, Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
75/7 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Einäscherung meines lieben Mannes, des Gastwirts
Wilhelm Dieter
sage ich hiermit allen Teilnehmern meinen innigsten Dank.
Wwe. Emilie Dieter
117A nebst Kindern.

Kranzspenden
sowie sämtliche
Blumenarrangements
liefert schnell und billig **Paul Gross, Lindenstr. 69,** Tel. Mpl. 7203

Reuters Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Ohne jede Anzahlung
Pianos
× erstklassiges Fabrikat ×
vielfach prämiiert, u. a.:
Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896
Berliner Musik-Fachausstellung 1906
sowie **Flügel** und **Harmoniums**
gegen kleine monatl. Teilzahlung. Für jedes Instrument gewähre ich langjährige Garantie.
Lieferung nach allen Orten Deutschlands frachtfrei!
Conrad Krause Nchfg., Berlin, Ansbacher Str. 1. Ecke Kurfürstenstraße. Tel. Steinplatz 10410.
Stammhaus gegr. 1830. Eigenes Geschäftshaus.
Auch Sonntags geöffnet.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin.
Geschäftsstelle: C. 54, Mulackstr. 10 I. Fernsprecher: Amt Norden 4516

Sonntag, den 23. August, nachmittags 2 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, gr. Saal.
43/16* Tagesordnung:
1. **Aussprache über die infolge des Ausbruchs des Krieges zu treffenden Maßnahmen.** 2. **Beschlußfassung.**
Kollegen! Die hochwichtige Tagesordnung und der Ernst der jetzigen Zeit machen es jedem Mitglied zur strengsten Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69.

Deutsch-Französisch-Russische Kriegskarte
Maßstab 1 : 2 000 000 Format 88 × 71 cm
Preis 1 Mk.

Karte der Deutsch-Französischen Grenzlande
Maßstab 1 : 1 000 000 Format 75 × 55 cm
Preis 80 Pf.

Karte der Deutsch-Russischen Grenzlande
Maßstab 1 : 2 000 000 Format 55 × 82 cm
Preis 1 Mk.

Karte von Europa
Maßstab 1 : 9 350 000 Format 88 × 71 cm
Preis 1,50 Mk.

Feldbrief-Mappe
5 vorschriftsmäßig bedruckte Feldpost-Briefumschläge nebst Briefbogen **10 Pf.**

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltung.

Irreführung der Mieter durch Amtsblätter.

In Amtsblättern der Provinz Brandenburg vom 9. bis 18. d. M. und in dem hiesigen Gemeindeblatt vom 16. d. M. befindet sich eine Bekanntmachung des Oberpräsidenten v. d. Schulenburg, datiert vom 7. August 1914. Diese behauptet, eine Notiz des „Vorwärts" vom 6. d. M. sei rechtsirrtümlich, und enthält ferner Ausführungen, die bei den Lesern den Glauben wachrufen können, in dem Mietsverhältnis habe sich durch den Krieg und durch Einberufung noch nichts geändert. **Ein solcher Glaube ist durchaus irrig.**

Welche Aenderungen die Rechtsverhältnisse der Mieter durch den Krieg und durch die infolge des Krieges erlassenen Gesetze und Verordnungen erlitten haben, haben wir eingehend unter dem 11., 12. und 13. d. M. dargelegt. Wenn jetzt Blätter die Bekanntmachung des Oberpräsidenten vom 7. d. M., in der der Oberpräsident seine unter dem 2. d. M. kundgegebene Ansicht aufrecht erhält, ohne Zusatz abdrucken, so übersehen sie, daß seit dem 4. August Gesetze und Verordnungen ergangen sind, die den Rechtszustand durchaus geändert und die Rechtslage herbeigeführt haben, die wir in den angeführten Nummern vollkommen zutreffend darlegten. Es läge im Interesse der Vermeidung unnützer Streitigkeiten, wenn der Oberpräsident die Blätter, die seine Bekanntmachung nach dem 8. d. M. veröffentlichten, zur Wiedergabe unserer zutreffenden Darlegungen veranlassen würde.

Wie liegt die Sache?

Unter dem 2. August erklärte der Oberpräsident: „Die Verpflichtungen der Mieter zur Zahlung des Mietszinses bestehen unverändert fort." Diese Ansicht traf für den 2. August zu. Sie war jedoch schon mit dem Abend des 4. August nicht mehr zutreffend. Denn zu diesem Zeitpunkt traten zwei Gesetze in Kraft, von denen eins die Rechtslage des zum Heeresdienst einberufenen Mieters sofort änderte, während das zweite eine Besserung durch Bundesratsverordnung in Aussicht stellte. Sofort geändert wurde die mißliche Lage des in das Feld Gezogenen und seiner Familie durch das „Gesetz betr. der infolge des Kriegs an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen". Durch dieses Gesetz wurde eine Unterbrechung der gegen die zur mobilen Armee Berufenen angestrengten oder anzustrengenden Klagen angeordnet, die laufende Zwangsvollstreckung erheblichen Beschränkungen unterworfen und die Verjährung unterbrochen. Der Inhalt ist bereits im „Vorwärts" vom 6. August wiedergegeben und die Rechtslage unter dem 12. des näheren erörtert. Die Verpflichtung zur Zahlung der Miete besteht nach diesem Gesetz nicht mehr „unverändert" fort. Denn es kann gegen den ins Feld Gezogenen mit Erfolg nicht geklagt werden; kraft Gesetzes ist das Verfahren unterbrochen.

Das Gesetz, das eine weitere Besserung der Lage des Einberufenen als Mieters in Aussicht stellte, war das auch am 4. August verabschiedete Gesetz über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen und zur Abhilfe wirtschaftlicher Schädigungen. Am 6. August schrieb nun der „Vorwärts": „Gewiß ist es an sich zutreffend, daß die Mieter den Mietszins auch jetzt nach Eintritt des Kriegszustandes zu zahlen haben." Die zur Fahne Einberufenen seien von dem Tage der Einberufung ab von der Verpflichtung zur Mietszahlung „entbunden". Diese Notiz wurde am Abend des 5. August nach Schluß der Redaktion in den „Vorwärts" von einer der Redaktion nahestehenden Seite hineingegeben, um vielen Anfragen gegenüber die zur Fahne Einberufenen und deren Familien darüber zu beruhigen, daß eine Klage auf Zahlung des Mietzinses gegen den zum mobilen Heer Einberufenen zurzeit ohne jeden Erfolg sein müsse. Die Notiz ist durchaus zutreffend, vielleicht hätte statt des Wortes „entbunden" besser ein anderes Wort gewählt werden können. Sachlich richtig war die Notiz und hat bewirkt, daß Hunderte, dem Gesetz entsprechend, die völlig nutzlose Klage auf Zahlung und Exmission gegen die Familie des zur Fahne einberufenen Ernährers unterließen. Bei Niederschrift jener Notiz wurde gehofft, der Bundesrat würde die in den Krieg Eingezogenen von ihrer Zahlungsverpflichtung völlig entbinden. Das war allerdings ein Irrtum, aber bei weitem kein so starker, wie der in der Bekanntmachung des Oberpräsidenten vom 7. August enthaltene, nach der der Krieg an der Mietzahlung überhaupt nichts ändere. Die Auffassung des Oberpräsidenten war vom Abend des 7. August an unhaltbar. Denn zu diesem Zeitpunkt wurde die im „Vorwärts" wiedergegebene Verordnung des Bundesrats verkündet, die allen wirtschaftlich schlechtgestellten Schuldern, auch den Mietsschuldnern die Möglichkeit gewährt, entgegen ihrer vertraglichen Verpflichtung durch den Richter eine Zahlungsfrist bis zu drei Monaten zu erhalten. Diese Verordnung konnte natürlich der Oberpräsident am Vormittag des 7. August noch nicht kennen. Als es dann feststand, daß weitere Erleichterungen für die Mieter zurzeit vom Bundesrat nicht verfügt würden, hat der „Vorwärts" am 11. August unter der Ueberschrift: „Wie steht es mit der Verpflichtung zur Zahlung der Miete", am 12. in der Notiz „Nochmals zum Mietsrecht" und endlich unter dem 13. August unter der Ueberschrift „Kriegszustand und Mietsverträge" den jetzigen Rechtszustand geschildert. **Diese Darlegungen im „Vorwärts" sind durchaus zutreffend.** Es hätte im Interesse der Aufklärung gelegen, wenn der Oberpräsident, nachdem er seine jetzt sicherlich nicht mehr zutreffende, weil die beiden Kriegsgesetze außerachtlassende, Auffassung durch seine Bekanntmachung vom 7. August amtlich bekanntgemacht hatte, nunmehr veranlaßt hätte, daß die zutreffenden Darlegungen des „Vorwärts" vom 11. bis 13. d. Mts. ebenfalls veröffentlicht wurden. Statt dessen erleben wir, daß z. B. das Berliner Gemeindeblatt vom 16. und die „Lankwitzer Nachrichten" vom 18. August die Bekanntmachung des Oberpräsidenten vom 7. August veröffentlichen, die natürlich die inzwischen eingetretene Aenderung der Rechtslage nicht berücksichtigt und zuungunsten der Mieter irreführen muß! Wir richten nochmals dringend an unsere Leser die Bitte: **Laßt Euch nicht irreführen!** So, wie der „Vorwärts" in den Nummern vom 11. bis 13. August die Rechtslage der Mieter beschrieben hat, ist sie tatsächlich noch heute.

Berliner Nachrichten.

Bürgerspeisehallen.

Es war ein guter Gedanke, einem Teil der notleidenden Bevölkerung durch Einrichtung der Mittagsspeisung für 10 Pf. eine kleine Hilfe zu schaffen. Der Umstand, daß das Essen, wenn auch nicht zum vollen Wert, bezahlt wird, nimmt der Einrichtung den bitteren Beigeschmack des Almosens, und so kann mancher davon Gebrauch machen, der ein Almosen abweisen würde. Gestern wurde in den „Kaiserhallen" am Moritzplatz die erste Bürgerspeisehalle vom Roten Kreuz eröffnet. Schon lange vor Beginn der Speisezeit hatten sich Hunderte vor dem Lokal angesammelt, denen alsdann fortgesetzt neue Mengen Hungernder folgten. Im Garten des Lokals wurde das Essen ausgegeben und verzehrt. Es gab einen Teller Mohrrüben mit Schweinefleisch und eine Schnitte Brot. Zahlreiche Damen vom Roten Kreuz waren bei der Ausgabe des Essens und beim Abräumen des Geschirrs tätig. Der Betrieb ging flott und ohne Störung vonstatten. Einen peinlichen Eindruck machte es, daß eine Anzahl von Photographen zur Stelle waren, um das Elendsbild für den Kientopp und für illustrierte Blätter zu verewigen. Wo ein Geschäft gemacht werden kann, da achtet man nicht einmal der Not der Mitmenschen.

Was uns nottut.

Ein hiesiger Geschäftsmann, sekundiert von zwei Bürgern, hat es entdeckt und verkündet es der Welt durch Anschlag an den Plakatsäulen: Jetzt, wo fast nur Papiergeld in Umlauf ist, tut uns ein Behälter not, worin wir die Scheine unverknifft und wohlgeordnet in der Hosentasche tragen können. „Portemonnaie" ist — hu! — ein französisches Wort, deshalb haben die findigen Leute für den neuen Papierbehälter ein urdeutsches Wort erdacht: „Papiertrimm" soll das Ding heißen. Der Geschäftsmann, der es fabriziert und verkauft, will nichts daran verdienen, sondern den Verkaufsgewinn — 28 Pf. pro Stück — der Reichskasse zuführen, damit das Geld zum Besten des Vaterlandes verwandt werde. — Also: Befriedigung eines „dringenden Bedürfnisses" verbunden mit einer wirksamen Geschäftsreklame in „patriotischem" Gewande.

Glücklich mögen sich diejenigen preisen, denen es Sorge macht, wie sie ihre Banknoten und Kassenscheine wohlgeordnet verwahren können. Der allergrößte Teil des Volkes hat leider andere Sorgen. Er weiß nicht, woher er das Geld nehmen soll, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Um die Aufbewahrung des Geldes brauchen sich die meisten jetzt nicht sorgen.

Ueber die Arbeitsmöglichkeit bei der Post

werden uns unter Bezugnahme auf unsere gestrige Notiz „Ein Notschrei" von der Postverwaltung folgende Mitteilungen gemacht:

Anscheinend ist die Nachricht dadurch hervorgerufen worden, daß das Postamt in Friedenau ohne Wissen der Oberpostdirektion in augenblicklicher Verlegenheit unbezahlte junge Leute eingestellt hat. Dies ist jedoch nur ganz vorübergehend der Fall gewesen. Das Postamt ist sofort nach dem Bekanntwerden der Maßnahme von dem Oberpostdirektor Wirklichen Geheimen Oberpostrat Vorbeck zur Entlassung der Leute und zur Einstellung bezahlter erwachsener Kräfte angehalten worden; es beschäftigt jetzt keine solchen jungen Leute mehr. Daß andere Postämter dies tun sollten, ist der Oberpostdirektion nicht bekannt geworden. Dem Postamt in Steglitz ist gleichfalls die Genehmigung zu einer solchen Maßnahme versagt worden.

Soweit Bedarf ist, stellen die einzelnen Postämter laufend die nötigen Aushilfskräfte gegen Bezahlung selbständig ein. Die Arbeitsuchenden werden sich daher zweckmäßig an die Postämter zu wenden haben, in deren Bezirk ihnen die Beschäftigung paßt. Bei der Oberpostdirektion ist eine daraufbezügliche Meldung zwecklos, weil dort schwer zu übersehen ist, in welchem Umfange und zu welchen Zeiten Arbeitskräfte bei den einzelnen Postämtern gebraucht werden.

Aufhebung des Ausfuhrverbots für Groß-Berlin.

Der Oberbefehlshaber in den Marken erläßt folgende Bekanntmachung: Nachdem die Mobilmachung durchgeführt und die durch sie bedingte Störung des Eisenbahnverkehrs im wesentlichen beendet ist, bestimme ich hiermit: Das von mir am 1. August dieses Jahres erlassene Verbot der Ausfuhr von Mehl, Getreide, Schlachtvieh und frischem Fleisch aus dem Gebiet des Zweckverbandes Groß-Berlin tritt für alle genannten Gegenstände, mit Ausnahme von Roggen und Roggenmehl, Weizen und Weizenmehl — also insbesondere für Hafer, Gerste, Vieh und Fleisch — sofort außer Kraft. Für Roggen und Roggenmehl tritt das Ausfuhrverbot mit Ablauf des Sonntag, des 23. August, außer Kraft. Für Weizen und Weizenmehl tritt das Ausfuhrverbot mit Ablauf des Freitag, des 28. August, außer Kraft.

Unter Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse setze ich ferner von heute ab die von mir am 2. August dieses Jahres für das Gebiet des Zweckverbandes für Groß-Berlin bestimmten Höchstpreise für den Verkauf von Mehl und Salz in gewerblichen Verkaufsstellen folgendermaßen herab:

Für ein Pfund Roggenmehl von 27 Pf. auf 20 Pf.
Für ein Pfund Weizenmehl von 30 Pf. auf 24 Pf.
Für ein Pfund Salz von 20 Pf. auf 16 Pf.

Berlin, 19. August 1914.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.
gez. von Kessel.

Der neue Fahrplan für die Stadt- und Ringbahn wird soeben öffentlich bekanntgegeben. Es ist kein für längere Zeit feststehender Fahrplan, ja, es ist nicht ausgeschlossen, „daß einzelne Züge an dem einen oder anderen Tage ausfallen". Auf der Stadtbahn beginnt der Betrieb ab Charlottenburg 4,26 Uhr, ab Stralau-Rummelsburg 4,35 Uhr früh; die letzten Züge fahren auf dieser Strecke 12,51 bezw. 1,37 Uhr nachts ab. Die Nord- und Südringzüge fahren in Abständen von je 20 Minuten, der letzte Zug geht ab Westend 12,10 Uhr abends über Schlesischen Bahnhof nach Charlottenburg, ab Charlottenburg 12,06 Uhr; die letzten Züge vom Potsdamer Ringbahnhof 11,17 Uhr über Schlesischen Bahnhof-Stadtbahn (an Potsdamer Ringbahnhof 12,54 Uhr nachts), 11,57 Uhr (bis Charlottenburg), 12,17 Uhr (bis Schlesischer Bahnhof) und 1,07 Uhr nachts (bis Neukölln); zwischen Potsdamer Ringbahnhof und Charlottenburg verkehren die letzten Züge 12,52 Uhr und 1,04 Uhr nachts. Außerdem werden auf allen diesen Strecken während des Berufsverkehrs noch zahlreiche Züge gefahren werden.

Die Zahlung der Familienunterstützungen im Kreise Niederbarnim.

erfolgt nicht, wie man uns mitteilt, wie in Berlin auf Vorlegung des Familienstammbuchs, sondern laut landratamtlicher Anweisung nur gegen Vorlegung der Geburts- und Heiratsurkunden. Diese Urkunden werden, sobald sie dem Zwecke des Ausweises unterstützungsberechtigter Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern dienen, von den zuständigen Behörden kostenlos verabfolgt.

Ein tödlicher Straßenunfall

hat sich am Dienstagnachmittag gegen 6 Uhr in Schöneberg ereignet. An der Ecke der Sedan- und Leuthen-Straße liefen die drei- und vierjährigen Mädchen Emma Ruschke und Lotte Vieyke unmittelbar vor einem herannahenden Straßenbahnzuge der Linie 23 auf das Gleis. Obwohl der Führer mit aller Kraft bremste, vermochte er doch den Zug nicht mehr rechtzeitig zum Stehen zu bringen. Die beiden Kinder wurden umgestoßen und die kleine R. geriet mit dem Oberkörper unter den Schutzrahmen. Durch Anheben des Wagens wurde das Mädchen aus der entsetzlichen Lage befreit. Das bedauernswerte Kind hatte einen doppelten Schädelbruch und schwere innere Verletzungen erlitten und starb alsbald nach der Aufnahme in das Schöneberger städtische Krankenhaus. Das andere Mädchen war zur Seite geschleudert worden und kam infolgedessen mit Hautabschürfungen und Quetschungen davon.

An der Ecke der York- und Katzlerstraße sprang der Arbeiter Wilhelm Schorsch von einem Straßenbahnwagen der Linie 164 während der Fahrt ab. Er kam zu Fall und geriet mit dem rechten Arm unter den Schutzrahmen. Der Verunglückte trug eine schwere Quetschung des Oberarmes davon und wurde nach dem Elisabeth-Krankenhause gebracht.

Ein weiterer Straßenbahnunfall hat sich am Richardplatz in Neukölln zugetragen. Die Richardstr. 44 wohnhafte Frau Minna Palke überschritt mit ihrer neunjährigen Tochter den Fahrdamm. Von einem herannahenden Straßenbahnwagen wurde sie mitsamt ihrem Kinde umgerissen und überfahren. Mutter und Kind wurden ein Stück mitgeschleift, ehe der Wagen zum Halten gebracht werden konnte. Mit schweren inneren Verletzungen wurde dann Frau P. ins städtische Krankenhaus Buckow eingeliefert, während ihr Kind mit Kopfwunden leichterer Art davonkam. Der Zustand der Frau P. ist hoffnungslos.

Die Ankunft von Verwundeten in Berlin wird von verschiedenen hiesigen Zeitungen gemeldet. Auch Stimmungsbilder sind darüber veröffentlicht worden. Demgegenüber wird dem W. T. B. folgende Meldung gemacht: Berlin, 19. August. Verwundete vom Kriegsschauplatz sind nach telephonischer Auskunft beim Sanitätsamt des Gardekorps bisher in Berlin nicht angekommen. Die von einer hiesigen Zeitung gebrachte anderslautende Nachricht ist unzutreffend.

Landsturm und Arbeitslosigkeit.

Theorie und Praxis! Mit Recht weist das Bezirkskommando darauf hin, daß es unrecht wäre, Landsturmpflichtige, insonderheit solche, die nicht gedient haben, zu entlassen. Zu dieser verständigen Ansicht kontrastiert arg das Verhalten der Gewehrfabrik in Spandau.

Ein arbeitsloser Mechaniker suchte acht Tage lang hintereinander um Beschäftigung in den königlichen Fabriken in Spandau nach, in denen natürlich lebhaft gearbeitet wird. Jeden Tag werden Schlosser und Mechaniker gesucht. Aber es werden nur absolut militärfreie Leute eingestellt. Da der Arbeitsuchende zum unausgebildeten Landsturm gehört, war sein Bemühen erfolglos. Ebenso das vieler anderer.

Eine Abkehr von dieser Praxis dürfte dringend am Platze sein.

Ein schreckliches Brandunglück hat sich Dienstagabend in der Palisadenstr. 36 ereignet. Die zehnjährige Tochter des Verwalters Bergemann hatte das Gas im Hause anzünden wollen. Als sie am Anzünder Spiritus aufgoß, fing das Kleid des Kindes Feuer und in kurzer Zeit brannte die Kleine lichterlob. Bewohner eilten herbei und erstickten die Flammen. Inzwischen war das unglückliche Mädchen an einzelnen Körperteilen fast vollständig verkohlt. Sterbend wurde die Kleine nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Stadtverordneten-Ersatzwahl.

Am 13. September findet im 42. Gemeindewahlbezirk der 3. Abteilung eine Ersatzwahl für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Dr. Arons statt.

Ueber unsere Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" erhalten wir aus dem Kreise unserer Leser zahlreiche Nachfragen. Wir können nur erklären: Der **Verlag** der „Neuen Welt" in Hamburg hat das Weitererscheinen der „Neuen Welt" vorläufig eingestellt, weil zurzeit gar keine Möglichkeit gegeben ist, die Unterhaltungsbeilage mit der Bahn zur Versendung zu bringen. Schon die beiden letzterschienenen Nummern kommen jetzt als unversendbar zurück. Sobald diese Schwierigkeiten der Bahnfracht behoben sind, wird die „Neue Welt" weiter erscheinen und den Abonnenten nachgeliefert werden.

Wir bitten also unsere Leser, sich zu gedulden — der Krieg hat uns eben auch diese Notlage gebracht.

Verlag, Redaktion und Expedition des „Vorwärts".

Unentgeltliche ärztliche Behandlung von Kindern.

Die Universitätsklinik der Charité hat sich bereit erklärt, die Beratung und Behandlung der in Berlin und Umgebung ansässigen Kinder von Angehörigen des Soldatenstandes unentgeltlich zu übernehmen. Die Sprechstunden finden täglich von 9 bis 11 Uhr vormittags und nachmittags von 3 bis 4 Uhr in der Poliklinik für kranke Kinder in der Charité, Schumannstraße 22, statt.

Den Umfang der Arbeitslosigkeit zeigt ein Blick auf die Arbeitsnachweise, wo die Arbeitslosen zu Tausenden ihre Arbeitskraft anbieten, leider ohne Erfolg. Wenn irgendwo Arbeitsstellen zu besetzen sind, melden sich zahllose Arbeitslose. Dies zeigte sich dieser Tage in der Feilnerstraße. Die Militäreffektenfirma Brederele hatte in der „Morgenpost" ein Inserat erlassen, in dem sie Arbeiterinnen auf Militärbinden suchte. Am Sonnabend meldeten sich etwa 500 Arbeiterinnen und weil ohne Auftrag das Inserat am Sonntag nochmals erschien, meldeten sich am Montag etwa 1000 Frauen und Mädchen. Wir werden gebeten, mitzuteilen, daß die Firma den Arbeiterinnen, die Probearbeiten gemacht haben, die unbrauchbar waren, für ihre Mühen und für die Fahrtauslegung 50 Pf. gezahlt hat. Die Entlohnung für die Binden sei höher als in geregelten Zeiten gewesen, was uns verschiedentlich bestätigt worden ist.

Ein großer Deckeneinbruch ist in der vergangenen Nacht in der Pfandleihe von L. Weill, Invalidenstr. 17a, verübt worden. Einbrecher benutzten die Gelegenheit, von oben her durch eine leere Wohnung in die Pfandleihe einzudringen. Die Einbrecher erbeuteten für 10 bis 12 000 M. goldene Herren- und Damenuhren, Armbänder, Brillantringe und andere Wert- und Schmucksachen, ferner Wäsche, Pelze und dergl. mehr.

Einen unheimlichen Fund machte ein Bewohner des Hauses Prinz-Georg-Straße 2 zu Schöneberg. Er fand in dem Hausflur einen schwarzen Pappkarton mit der völlig in Verwesung übergegangenen Leiche eines neugeborenen Mädchens. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Die Geschäfte der Gewerkschaftskommission Schöneberg werden, da der Obmann Hause zum Militär eingezogen ist, vom Genossen Karl Henkel, Meininger Str. 8, geführt. Alle Meldungen sind an dessen Adresse zu richten.

Die Mariendorfer Auskunftsstelle für die Angehörigen der im Felde stehenden Genossen ist beim Genossen Hermann Reichardt, Kurfürstenstraße 34, vorn III. Sofortige Hilfeleistung in Krankheitsfällen und bei Entbindungen vermitteln die Genossinnen: Frau Huhn, Kurfürstenstr. 34, vorn II, und Frau Eberlein, Ringstr. 82, vorn I. In Angelegenheiten der Kinderfürsorge wende man sich an die Genossin Szepanski, Kurfürstenstraße 74. Kostenlose Hilfskräfte zum Umzug für die Frauen der im Felde stehenden Genossen vermittelt Genosse Paul Weber, Ringstraße 82, vorn parterre.

Gewerkschaftliches.

Der Krieg und die Berliner Metallarbeiter.

Die Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes hielt dieser Tage ihre ordentliche Generalversammlung ab. Die Versammlung war trotz der Einberufung eines großen Teiles der Vertrauensleute zum Heeresdienst sehr gut besucht.

Aus der Kassenabrechnung des zweiten Quartals ist zu ersehen, daß im zweiten Quartal insgesamt eine Einnahme der Hauptkasse von 760 611,33 M. zu verzeichnen ist.

Die wesentlichsten Ausgaben betrugen: Für Arbeitslosenunterstützung 367 316,10 M., Krankenunterstützung 193 972,85 M., Streikunterstützung 46 949,70 M., Gemaßregeltenunterstützung 17 217,10 Mark, Reisegeld 7082 M., Unterstützung beim Umzug 2025 M., Unterstützung in besonderen Notfällen 4775 M., Unterstützung an die Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder 6345 M.

In der Lokalkasse war zu Beginn des 2. Quartals ein Bestand von 1 393 092,36 M. Am Schluß des Quartals betrug der Lokalkassenbestand 1 281 336,62 M. Die wesentlichsten Ausgaben waren: 45 541,25 M. für Streiks, 7162,70 M. für Maßregelungen, 82 084,30 Mark Lokalzuschuß für Arbeitslosenunterstützung, 11 444,80 M. für die Maiausgesperrten, 3206 M. für Unterstützung in besonderen Notfällen. Eine Diskussion über den Kassenbericht fand nicht statt.

Die Ergänzungswahlen für die Ortsverwaltung ergaben als Resultat die Wiederwahl Sierings zum zweiten Bevollmächtigten, Hennings zum 1. Kassierer sowie die Wiederwahl von Mahnz und Krause zu Revisoren. Weiter nahm die Versammlung die Wiederwahl von Stobjack als Beisitzer und schließlich die Neuwahl von Radke als Revisor an Stelle des zum Angestellten gewählten früheren Revisors Richard Erler vor.

Der dritte Punkt der Tagesordnung, „an die Verwaltung gelangte Anträge", wurde nach dem Vorschlage der Ortsverwaltung durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, da die Anträge, die bereits im Juli erfolgt waren, zur gegenwärtigen Situation nicht paßten. Es wurde den Antragstellern anheimgestellt, zu einer späteren, gelegeneren Zeit ihre Anträge wieder einzubringen.

Nunmehr gab Cohen eine Uebersicht über

die gegenwärtige Situation

und begründete die Maßnahmen der Ortsverwaltung und des Vorstandes hierzu. Cohen teilte zunächst mit, daß der Vorstand eine Reihe von Maßnahmen angeordnet habe, die der gegenwärtigen Situation angepaßt sind:

Abmeldung der zum Heeres- oder Marinedienst einberufenen Mitglieder.

Die zum Militärdienst eingezogenen Mitglieder gelten nach § 3 Abs. 6 des Statuts als aus dem Verband ausgeschieden. Ihre Rechte und Pflichten zum Verband ruhen. Sie treten aber nach ihrer Rückkehr aus dem Kriege und der Wiederanmeldung in den Verband sofort in ihre alten Rechte ein und haben, sofern sie beim Eintritt in den Militärdienst bezugsberechtigt waren, Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit nach Beendigung des Militärdienstes. Die Familienangehörigen der zum Heer eingezogenen Mitglieder haben, sofern diese es nicht selbst tun oder getan haben, zwecks Wahrung der erworbenen Rechte die Abmeldung vorzunehmen und das Mitgliedsbuch an die Ortsverwaltung abzugeben, die dasselbe bis zur Wiederanmeldung aufbewahrt.

Für die Unterstützungen gilt folgende Anweisung des Vorstandes: Bezugsberechtigten Verbandsmitgliedern wird die Erwerbslosenunterstützung bei Arbeitslosigkeit **in Höhe der im Statut vorgesehenen Sätze** weiter bezahlt.

Die Erwerbslosenunterstützung bei Krankheit wird unter Hinweis auf die Bestimmungen des § 2 Absatz 1 des Statuts bis zum Wiedereintritt normaler Verhältnisse aufgehoben. Die erkrankten Mitglieder erhalten aus der gesetzlichen Versicherung ihre Unterstützung und sind damit genau so wie die Arbeitslosen vor der äußersten Not bewahrt. Der Verband muß die durch die Aufhebung der Krankenunterstützung frei werdenden Mittel für die während des Krieges und nach dessen Beendigung arbeitslos gewordenen Mitglieder in Anspruch nehmen.

Die aus der gesetzlichen Krankenversicherung ausgesteuerten oder nicht mehr im Versicherungsverhältnis stehenden kranken Mitglieder sind als Erwerbslose nach den Bestimmungen des § 9, betreffend die Arbeitslosenunterstützung, zu behandeln.

Uebertritte aus anderen Organisationen werden während der Dauer des Kriegszustandes nicht vorgenommen.

Die „Metallarbeiterzeitung" erscheint während der Dauer des Kriegszustandes nur in beschränktem Maße. (Für Berlin wird für jede Woche, in der keine „Metallarbeiterzeitung" erscheint, ein Mitteilungsblatt hergestellt, um den Mitgliedern die notwendigsten Informationen zukommen zu lassen.)

Aus diesen Bekanntmachungen des Vorstandes geht hervor, daß der Verband trotz der starken Arbeitslosigkeit die statutarischen Verpflichtungen in bezug auf die Arbeitslosenunterstützung durchführen will. An eine laufende Unterstützung der Familien der ins Feld gezogenen Mitglieder ist nicht zu denken. Es könnte dies nur geschehen auf Kosten der an die Arbeitslosen zu zahlenden Unterstützungen. Mit Rücksicht darauf jedoch, daß die Familien der ins Feld gezogenen Mitglieder von Staat, Stadt und von privater Seite Unterstützung erhalten, für die Arbeitslosen aber nicht gesorgt wird, hat der Verband als gewerkschaftliche Organisation die Pflicht, den Arbeitslosen beizuspringen.

Um aber die ärgsten Notfälle bei den Familien der ins Feld gezogenen Mitglieder wenigstens in etwas beheben zu können, erläßt der Vorstand des Metallarbeiterverbandes einen Aufruf zur freiwilligen Sammlung, deren Ergebnis den Familien der ins Feld Gezogenen zugute kommen soll. Zugunsten dieser Sammlung werden die Angestellten des Verbandes auf einen nennenswerten Teil ihres Gehalts verzichten, und wird damit gerechnet, daß die Mitglieder, die in Betrieben arbeiten, die Gegenstände für den Heeresbedarf herstellen und infolge des Krieges erhöhten Beschäftigungsgrad haben, recht kräftig sammeln. Wenn jeder seine Schuldigkeit tut, werden auch hier soviel Mittel zusammenkommen, daß etwas recht Namhaftes getan werden kann. Sonstige Einschränkungen des Unterstützungswesens habe der Vorstand nicht vorgesehen.

Sodann erklärte Cohen noch, daß noch einiges weitere seitens der Ortsverwaltung für die Behebung der Not der Arbeitslosen getan werden soll in bezug auf Lieferung von Naturalien. Mehr aus Verbandsmitteln zu versprechen oder gar zu leisten, sei nicht gut möglich, da niemand wisse, wie lange der gegenwärtige Zustand dauere, und niemand wissen könne, ob und inwieweit sich der gegenwärtige Zustand noch verschlimmert. Dazu kommt, daß bei Beendigung des Krieges die zurückkehrenden Mitglieder vom ersten Tage an auf Grund des Statuts Anspruch auf Unterstützung haben. Auch hierfür müsse etwas reserviert bleiben, denn man könne den Zurückkehrenden unmöglich sagen: Es ist während Eurer Abwesenheit das gesamte Verbandsvermögen verbraucht, für Euch ist nichts mehr übrig. Alle diese Darlegungen fanden die lebhafte Zustimmung der Generalversammlung. Die neuen Bestimmungen des Vorstandes treten mit Montag, den 24. d. M., in Kraft.

Sodann ging Cohen dazu über, die Situation, wie sie infolge der Mobilmachung auf dem Arbeitsmarkt entstanden ist, im einzelnen zu schildern. Es haben nach den bei der Verwaltung eingelaufenen Meldungen 156 Betriebe vollständig geschlossen, 40 Betriebe lassen verkürzt arbeiten und zwar herunter bis zu 3 Stunden pro Tag. 33 Betriebe haben einen großen Teil ihrer Arbeiter sofort entlassen, die übrigen arbeiten voll. 7 Betriebe haben den größten Teil ihrer Arbeiter entlassen, die übrigen arbeiten verkürzt.

Angesichts der Tatsache nun, daß durch die Entlassung in vielen Betrieben bis Sonnabend, den 15. d. M.,

rund 11 000 Arbeitslose im Arbeitsnachweis

gemeldet waren, ist es eine äußerst bedauerliche Erscheinung, daß eine Anzahl Betriebe, die für die Heeresverwaltung arbeiten, darauf dringen, daß Ueberstunden geleistet werden und zum Teil auch Sonntags gearbeitet wird. So arbeiten die Firmen Unterwalder und Maybauer, die Militäreffekten herstellen, mit Ueberstunden. Die Schraubenfabrik Richter macht gleichfalls Ueberstunden. Bei der Firma Stock, Neanderstraße, werden täglich zwei Ueberstunden verlangt. Bei der Firma Daimler in Marienfelde, Automobilfahrzeugfabrik, wird eine täglich 11½stündige Arbeitszeit und Sonntags eine Arbeitszeit von 7 Stunden verlangt. Bei der Firma Hasse u. Co., Lindowerstraße, werden täglich zwei Ueberstunden verlangt, und Sonntags wird von 7 bis 12 Uhr gearbeitet. Ueberstunden werden gleichfalls bei der Firma L. Löwe verlangt, bei der Firma Lamag, bei der Firma Titania, bei der Firma Lorenz, Elisabethufer, werden in einzelnen Abteilungen Ueberstunden verlangt und auch Sonntagsarbeit. Bei der Firma Dr. Max Levy werden in verschiedenen Abteilungen Ueberstundenarbeit gefordert. Ganz besonders kraß liegen die Dinge bei der Firma Zwietusch, Salzufer. Da wird eine Ueberstundenarbeit von pro Tag bis zu 4 Stunden verlangt und Sonntagsarbeit. Wer sich weigert, wird entlassen. Bei der Firma C. P. Goerz ist das gleiche der Fall. Alle diese Firmen beweisen durch ihre Haltung, daß sie, was sie durch Unterstützung der Familien ihrer Arbeiter, die ins Feld gezogen sind, tun, auf der anderen Seite wieder hereinholen wollen, damit die Opfer, zu denen sie sich verpflichtet fühlen, weil sie Militärlieferungen haben, nicht zu hohe Anforderungen an ihren Geldbeutel stellen.

Alle Versuche der Arbeiter, die Firmen von ihrem, angesichts der großen Arbeitslosigkeit doppelt schändlichen Tun und Treiben abzubringen, waren bisher vergeblich, obgleich mit geringer Mühe alle diese Dinge sehr wohl geregelt werden könnten, so daß die Zahl der Arbeitslosen wenigstens in etwas vermindert wird. Es macht einen eigentümlichen Eindruck, wenn diese Firmen auf der einen Seite ihren Patriotismus zur Schau tragen, auf der anderen Seite aber das, was ihnen dieser Patriotismus kostet, zum Nachteil der Arbeiter wieder hereinzuholen suchen.

Bedauerlich ist es auch, was weiter konstatiert werden muß, daß die Heeresverwaltung diesen Firmen mit bösem Beispiel vorangeht. Die Betriebe der Heeresverwaltung in Spandau lassen pro Tag 11 Stunden arbeiten! Das sind auch 2 Stunden mehr als die normale Arbeitszeit in Berlin und Umgegend beträgt.

Vielleicht gelingt es durch öffentliche Bekanntgabe die Privatfirmen von ihrem besonders in der gegenwärtigen Zeit so überaus arbeiterfeindlichen Tun und Treiben abzubringen. Die Metallarbeiter erwarten, daß auch die Behörde im allgemeinen bei Regelung der gegenwärtig so schwierigen Verhältnisse für die Arbeiter nicht versagt, und auf die Privatbetriebe, die Militäraufträge haben, einwirkt, daß nach Möglichkeit die eben gerügten Uebelstände behoben werden. In zahlreichen Aufrufen und Bekanntmachungen erklären eine ganze Anzahl von Vereinen und Komitees, was sie alles tun wollen zur Behebung von Schwierigkeiten, die durch den Kriegszustand hervorgetreten sind. Hier kann einmal praktisch gearbeitet werden und wollen wir abwarten, ob wirklich etwas geschieht.

Zum Schluß appellierte Cohen dann an das Pflichtgefühl der Generalversammlungsteilnehmer der Organisation gegenüber. Gerade jetzt, wo sich unsere und andere Organisationen in einer solch überaus schwierigen Situation befinden, habe jedes Mitglied zu zeigen, daß es über ein genügendes Maß von Organisationstreue verfügt. Die gegenwärtige Situation sei zwar äußerst kritisch, aber wenn jeder Kollege seine Pflicht erfülle, werde die Organisation auch diese schwere Zeit überwinden. Die Versammlung nahm diesen Appell mit äußerst lebhafter Zustimmung entgegen.

Berlin und Umgegend.

Die Lagerhalter der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend haben beschlossen, zur Unterstützung der Arbeitslosen, die dem Zentralverband der Handlungsgehilfen angehören, vom Gehalt in der Höhe bis 2000 M. 10 Proz., von je weiteren 100 M. Gehalt 1 Proz. an die Organisation abzuführen.

Deutsches Reich.

Wirtschaftliche Freibeuter in Kriegszeiten.

Wie manche Unternehmer die durch die Kriegslage geschaffene Not unter den Arbeitern zu ihrem Vorteil auszunutzen bestrebt sind, dafür bietet die Firma Ofenfabrik Fr. Geisendörfer, Großherzoglicher Hoflieferant in Karlsruhe ein typisches Beispiel. Gleich nach Eröffnung der Mobilmachung, am 4. August, gab die Firma durch Anschlag bekannt, daß „bis auf weiteres" an selbständige Brenner, Glasierer, Former und Ofensetzer anstatt tariflich 60 Pf., nur noch 45 Pf. Stundenlohn und an unselbständige Former anstatt tariflich 50 Pf. nur noch 30 Pf. Stundenlohn gezahlt werden. Also Lohnreduzierungen von 25—40 Proz.! Und das, obwohl ein von der Firma unterschriftlich anerkannter Lohntarif vorliegt.

Der Herr Geisendörfer dekretiert einfach in seiner Bekanntmachung: „Der bestehende Tarif wird für die Kriegszeit bezw. solange aufgehoben bis wieder bessere Verhältnisse kommen."

Doch noch mehr vom Patriotismus dieses Großherzoglichen Hoflieferanten. Wie wir erfahren, wollten am Tage, als der Kriegszustand erklärt wurde, zwei bei der Firma beschäftigte Wittenberger Ofensetzer, weil militärpflichtig, sofort nach der Heimat reisen. Ihnen wurde ein Schriftstück zur Unterschrift vorgelegt, wonach sie auf die tariflich festgelegte Zulage von 10 Proz. verzichten sollten, andernfalls ihnen der Lohn überhaupt nicht ausbezahlt werde. Die Leute, die zum Kriegsdienst einrücken sollten, und erklärlicherweise vorher ihre Lieben in der Heimat noch einmal sehen wollten, verzichteten angesichts der Notlage und um nicht weitere Scherereien zu haben, auf die ihnen tariflich zustehenden 10 Proz. Zulage. — Für die Maßnahmen der Firma haben die Arbeiter allerdings kein Verständnis und von unterschriftlich festgemachten Tarifabmachungen eine höhere Meinung. Sie haben deshalb einmütig die Arbeit niedergelegt. Der Verbandsvorstand der Töpfer erklärt, gegen die Tarifverstöße der Unternehmer sich auch in dieser kritischen Zeit überall und solange zur Wehr zu setzen, als es ihm möglich ist. Zuzug von Töpfern aller Art ist nach der Firma Geisendörfer in Karlsruhe streng fernzuhalten.

Gerichtszeitung.

Erpressung?

Unter den in England zurückgebliebenen Deutschen befindet sich auch der ehemalige Warenhausbesitzer Wolff Wertheim, wie gestern in einer Verhandlung vor der 1. Ferienstrafkammer des Landgerichts III zur Sprache kam. Es handelte sich um eine Anklagesache wegen versuchter Erpressung und Beleidigung, die sich gegen einen Agenten Spier richtete. Als Zeuge war der ehemalige Warenhausbesitzer Wolff Wertheim geladen, der als seine Adresse „London, Hyde Park, Berlington House, Lancaster Coste 47" angegeben hatte. Der Zeuge war nicht erschienen. — In der Sache selbst handelt es sich um die, wie die Anklage behauptet, unrichtige Behauptung des Angeklagten, daß durch seine Vermittelung das bisher dem Baurat Walter gehörende Alt-Bayern-Grundstück in der Potsdamer Straße an Wolff Wertheim verkauft worden sei, dabei sei ihm eine Provision von 40 000 M. ehrenwörtlich zugesichert worden. Später richtete der Angeklagte, als er diese ihm angeblich zustehende Provision nicht erhielt, an das Pionier-Bataillon, das Bezirkskommando und das Militärkabinett Briefe, in denen er den Baurat W. des Bruchs seines Ehrenwortes beschuldigte. — Die Verhandlung fiel dadurch der Vertagung anheim, daß Geh. Medizinalrat Professor Pfleger den Antrag aus § 81 St. P. O. stellte, d. h. beantragte, den Angeklagten, der schon einmal wegen Geisteskrankheit entmündigt worden war, auf die Dauer bis zu sechs Wochen einer öffentlichen Irrenanstalt zur Beobachtung seines Geisteszustandes zu überweisen.

Militärgericht oder Strafkammer?

Der ergangene Aufruf zum Landsturm bereitet den Strafgerichten insofern größere Schwierigkeiten, als in jedem einzelnen Falle aufs eingehendste die Militärverhältnisse, insbesondere der jüngeren Angeklagten, festgestellt werden müssen und dabei in vielen Fällen sich Zweifel ergeben, ob der Betreffende als Gestellungspflichtiger oder zum Landsturm Aufgerufener noch von einem bürgerlichen Gerichtshof abgeurteilt werden kann. Eine der gestern tagenden Ferienstrafkammern kam kurz hintereinander mehrmals in die Lage, dieser Frage eine längere Erörterung zu widmen. Sie entschied in allen diesen Fällen, daß mit dem Augenblick des Aufrufs des Landsturms die in Frage kommenden Vertreter der verschiedenen Jahresklassen der Militärgerichtsbarkeit unterstehen. Die angesetzten Termine blieben daher ohne Resultat, da sich die Strafkammer für unzuständig erklärte.

Allgemeine Familien-Sterbekasse. Sonntag, den 23. August, von 3—6 Uhr Zahltag Gerichtstr. 12/13 und Bukower Str. 14 im Restaurant.

Amtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.) Mittwoch, den 19. August. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg Mark: Ochsenfleisch Ia 76—85, do. IIa 72—75, do. IIIa 60—71; Bullenfleisch Ia 73—80, do. IIa 65—72; Kühe, fett 48—60, do. mager 40—46, Fresser 69—72, Bullen, dän. 64—70. Kalbfleisch: Doppellender 110—130; Mastkälber Ia 95—100, do. IIa 82—94; Kälber ger. gen. 52—73. Hammelfleisch: Mastlämmer 90—100; Hammel Ia 85—89, do. IIa 79—84; Schafe 80—60. Schweinefleisch 52—63. — Gemüse, inländisches: Kartoffeln, weiße Magdeburger 50 kg 2,50—3,50, blaue Magdeburger 2,75—4,00, weiße Kaiserkronen 2,50—3,25; Rotes 2,50—3,25; Porree, Schock 0,60—0,80; Sellerie, Schock 3—7,50; Spinat 50 kg 8,00—10,00; Schalen 50 kg 20,00-30,00; Mohrrüben 2,00-2,50; Bohnen 50 kg 5,00—10,00; Wachsbohnen 50 kg 6,00—10,00; Puffbohnen 50 kg 6,00—10,00; Kohlrabi Schock 0,70—1,00; Wirsingkohl Schock 3,00—7,00; Weißkohl Schock 2,50—6,00, Rotkohl, Schock 3,50—9,00; Kohlrüben Schock 3—5; Blumenkohl Erfurter, 100 St. 10,00—20,00, Meerrettich Schock 15,00—20,00, do. 50 kg 30,00; Petersilienwurzel Schockbund 1,00—3,00; Radieschen Schockbund 0,70—1,00; Salat Schock 1,50 bis 2,50; Zwiebeln, 50 kg 5,50—6,00; Tomaten 50 kg 30,00—35,00; Pfefferlinge 50 kg 20,00—30,00; Steinpilze 50 kg 20,00—30,00; Gurken Schock 2,00—3,00. Senfgurken Schock 15,00—20,00 M.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmittag: Vielfach heiter und in den Tagesstunden mäßig warm. In der Nacht zum Freitag wieder kühl, nur im westlichen Hafengebiet überwiegend bewölkt mit leichten Regenfällen.

Spezialarzt
f. Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinkranke jeder Art, Ehrlich Hata-Kuren in
Dr. Homeyer u. Co. konz. Laborat. f. Blutuntersuchung., Fäden i. Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum
Spr. 10—2, 5—9, Sonnt. 11—2.
Honorar mäßig, auch Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung.
Spr. vorm. 9 — Nm. 8, Sonnt. 9—11

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Geschäftsverkäufe.

Bäckereifiliale, Existenz für Eheleute, wegen Militärsache für 250 Mark verkäuflich. Neukölln, Schönewerderstraße 24. 2927b

Möbel.

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. An jedem Stück deutlicher Preis. Uebervorteilung daher ausgeschlossen. Bei Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft R. Goldstand, Fossenerstraße 38, Ecke Gneisenaustraße. 2901b*

Moderne Arbeitermöbel in zeitgemäßer Ausführung, in Eiche (alle Farben) und Nußbaum, unerreichte Auswahl, zu den allerbilligsten Preisen, in solider Arbeit, direkt vom Tischlermeister Julius Apelt, Kaulbachstraße 6, am Kottbuserdamm. 348*

Fahrräder.

Herrenfahrrad 20,00, Damenrad, Freilaufräder, Geschäftsdreirad, neue Bereifung 35,00. Schrader, Weberstraße 42, Keller. 106/16*

Kaufgesuche.

Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Platinabfälle, sämtliche Metalle höchstzahlend. Schmelzerei Christianat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 88/16*

Kupfer, Messing, Zink, Zinn, Blei, Stanniolpapier, Goldsachen, Silbersachen, Platinabfälle, Quecksilber, Zahngebisse. „Metallschmelze" Cohn, Brunnenstraße 25 und Neukölln, Berlinerstraße 76. 100/8*

Fahrradankauf Linienstraße 27.*

Platinabfälle, Altgold, Silber, Zahngebisse, Glühstrumpfasche, Quecksilber kauft höchstzahlend Blümel, Schmelzerei, Augustinstraße 19 III.

Goldsachen! Silbersachen, Platinabfälle, Zahngebisse bis 60,00, Quecksilber, Stanniolpapier, Zinn, Kupfer, Messing, Blei höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbureau Beberstr. 31.

Fahrradankauf. Winter, Rosenthalerstraße 32. 2929b

Goldschmelze kauft höchstzahlend Zahngebisse, alle Metalle. Gebrüder Rieper, nur Köpenickerstraße 137.

Unterricht.

Chauffeur-Ausbildung mit großer Reparatur-Werkstätte. Ingenieur Schapiro, Berlin-Wilmersdorf, Berlinerstraße 16. Honorar mäßig. Tag- und Abendkurse.

Automobilführer-, erstklassige stellungssichere Ausbildung, 100 Mark. Auch Abendkurse. Ratenzahlung. Köpenickerstraße 116. 2197b

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Gitschinerstraße 16.

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 2929b*

Vermietungen.

Restauration, schöne Räume vermietet Pankow, Schulzestraße 26.

Wohnungen.

Charlottenstraße 87, kleine Wohnungen, billig, sofort, renoviert.

Freundliche kleine Wohnungen, 1 Zimmer, Küche von 19 Mark, 2 Zimmer, Küche von 24 Mark an. Lichtenberg, Herzbergstraße 125/127.

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Hausreinigung zu vergeben. Pücklerstraße 49.

Militärfreie resp. ungediente tüchtige
Kunstschmiede-Gesellen
zum sofortigen Eintritt gesucht.
2928b **Ed. Puls**, Tempelhof.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.